



Nr. 54 – November 2002

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, schlechte Nachrichten erreichen uns in diesen Tagen aus dem Pazifik. „Bad news are good news“ heißt das im Journalistendeutsch, d.h. je mehr Schlimmes passiert, desto mehr kann darüber berichtet werden. Bei allen Schreckensmeldungen bleibt als kleines „Trostpflaster“, dass der pazifische Raum bisher von Terrorattacken und Selbstmordattentaten verschont wurde. Hoffen wir für unsere Freunde und Partner am anderen Ende unserer Einen Welt, dass das auch im neuen Jahr so bleibt.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches 2003!

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Kina auf Tiefstand

Die Währung von Papua-Neuguinea, der Kina, ist auf einem historischen Tiefpunkt angelangt. Im Monat Oktober betrug der durchschnittliche Wert eines Kina 0,20 Cents (24 US Cents). Der absolute Tiefpunkt wurde Anfang November mit 0,19 US Cents erreicht. Der Präsident der Handelskammer, Michael

Mayberry, warnte vor einem exorbitanten Preisanstieg bei Konsumgütern. Der Preis für eines der Hauptnahrungsmittel Reis ist bereits um 20 % gestiegen.

Mayberry sieht verschiedene Gründe für den Werteverlust der Landeswährung: So gäbe es wegen des El Niño-Wetterphänomens und der daraus resultierenden Trockenheit so wenig Wasser im Fly River, dass dieser nicht mehr zur Verschiffung von Kupfererz aus der Ok Tedi-Mine genutzt werden könne. Außerdem seien einige Ölfelder im Land geschlossen worden. Der Kaffeeexport befände sich auf einem Tiefpunkt, da der Highlands Highway, auf der die Kaffeetransporte normalerweise rollen, kaum noch befahren werden könne.

Mayberry erklärte, der Verfall des Kina sei unmittelbar auf die Einführung der Mehrwertsteuer (Value added tax, VAT) zurückzuführen. Man könne seit Einführung der Steuer einen Rückgang des Kina-Wertes um 35 % verbuchen.

Finanzexperten schätzen die wirtschaftliche Situation des Landes als desaströs ein. Ein Berater der Weltbank erklärte, niemand wolle mehr bei diesen finanziellen Bedingungen in das Land investieren. Ein Finanzberater der Australian New Zealand Bank ANZ sprach von einer „extrem schlechten“ finanzwirtschaftlichen Lage.

Gerüchten im Land zufolge soll der ehemalige Premierminister

Sir Julius Chan zum geschäftsführenden Direktor der Nationalbank *Bank of Papua New Guinea* ernannt werden. Dem widersprach Premier Sir Michael Somare. Es gäbe keinen Grund, den derzeitigen Direktor Wilson Kamit zu entlassen. Julius Chan gilt als „Vater“ der Landeswährung. Er hatte 1974, ein Jahr vor der Unabhängigkeit, den toea und den Kina als Währung eingeführt. (PC 31.10.02, 01.11.02, *The National* 06.11.02, *Radio Australia* 09.11.02)

Mehrwertsteuer verfassungswidrig

Die Mehrwertsteuer (Value added tax, VAT) in Höhe von 10 % wurde im Oktober vom Verfassungsgericht des Landes als nicht verfassungsgemäß beurteilt.

Die Mehrwertsteuer ist eine Form der Umsatzsteuer, die die Nachteile der Bruttoumsatzsteuer (Kumulation, Konzentrationsförderung, Wettbewerbsverzerrungen, kein exakter Grenzausgleich) vermeidet. Sie ist eine allgemeine Verbrauchsteuer, die vom Verbraucher getragen werden soll. Bemessungsgrundlage ist der Mehrwert der Waren auf jeder einzelnen Produktions- oder Handelsstufe. Der Mehrwert kann als Summierung von Wertschöpfungsfaktoren (Löhne, Gehälter, Zinsen, Gewinn) oder als Differenz zwischen Bruttoumsatz und Vorumsatz oder Einkauf (Nettoumsatz) errechnet werden. In Deutschland beträgt die MwSt. 16 %.



Vor mehr als zwei Jahren hatte der Morobe Provinzgouverneur Luther Wenge gegen die VAT geklagt und nun vor dem Verfassungsgericht Recht bekommen. Statt der Mehrwertsteuer soll nun eine sogenannte „Goods and Services Tax“ (GST) eingeführt werden. Als Unterschied zur bisherigen VAT erhalten die Provinzen des Landes dann 80 % der Steuern und die nationale Regierung nur 20 %. Derzeit erhält der Bezirk Waigani (u.a. mit der Hauptstadt Port Moresby) 70 % und die Provinzen 30 %.

Noch bis zum 1. Juli 2003 soll die VAT beibehalten werden, die Goods and Services Tax in Höhe von 10 % (?), noch unklar soll dann zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Bisher werden jährlich 600 Millionen Kina (148 Mio. Euro) der VAT an die Regierung abgeführt. (<http://www.irc.gov.pg/vatguide.PDF>, www.wissen.de, PC online 16.10.02, Email Roland Seib 22.11.02)

Niedrigste Lebensqualität in Port Moresby

Die *Economist Intelligence Unit* (EIU) aus London hat 130 Städte weltweit unter bestimmten Kriterien untersucht. Ziel der Studie war es herauszufinden, in welcher Stadt es Ausländer (sogenannte „expatriates“) besonders schwer haben. Die Städte wurden nach zwölf Faktoren untersucht, die für expatriates besonders relevant sind, also z.B. kulturelles Angebot, Klima, Bildungs- und Gesundheitssystem, Sicherheit und Infrastruktur. Das EIU legte zur Beurteilung ein System von 1 % bis 100 % an. Die Prozentzahl gibt Aufschluss über den „Härte- und Elendsfaktor“ einer Stadt. Je niedriger die Prozentzahl, desto lebenswerter die Stadt. Die für Ausländer geeignetste Stadt ist nach dieser Einstufung mit unter 5 % das australische Melbourne, gefolgt vom kanadischen Vancouver. Port Moresby belegt mit dem Härtefaktor 80 % den 130., also letzten Platz. Expatriates in Port Moresby müssten besonders

starke Schutzvorkehrungen zur Sicherung von Leben und Eigentum treffen. Das Bildungs- und Gesundheitssystem sei katastrophal, das feucht-heiße Klima besonders gesundheitsgefährdend und die Korruption nicht zu übertreffen. So spezifiziert die Studie, warum Port Moresby die Stadt mit der niedrigsten Lebensqualität ist. Weitere Details der Studie: Wien liegt an vierter Stelle der Tabelle, die deutschen Städte Düsseldorf und Frankfurt auf den Plätzen 12 und 13.

Das EIU sammelt seit 55 Jahren Daten und Fakten zu allen Ländern der Erde. Dazu arbeiten mehr als 500 Analysten für das Institut, das laut Angabe auf seiner Website unabhängig von Regierungen, Interessensvertretungen oder kommerziellen Interessensgruppen Länderinformationen einholt. (*Independent* 17.10.02, <http://store.eiu.com/index.asp>)

Gefährliches Reiseland

Nach den Terroranschlägen auf die indonesische Ferieninsel Bali sind viele Touristen verunsichert. Sie stellen sich die Frage, welches Reiseland überhaupt noch sicher ist? Auf die Besorgnis der deutschen Urlauber hat das Auswärtige Amt in Berlin reagiert und eine Liste der zwölf gefährlichsten Reiseländer auf seiner Homepage veröffentlicht. Demnach rangiert Papua-Neuguinea (PNG) auf Platz elf der Liste, gleich nach Kolumbien, dass wegen der hohen Zahl an erpresserischen Entführungen noch gefährlicher eingestuft wird als die Insel im Südpazifik. Auf der Homepage des Auswärtiges Amtes heißt es wörtlich „...dass sich Reisende in Papua-Neuguinea, insbesondere in der Hauptstadt Port Moresby, der zweitgrößten Stadt Lae, im Hochland und besonders auf Bougainville eines sehr hohen Sicherheitsrisikos bewusst sein müssen. Organisierte Gruppenreisen mit ortskundiger Begleitung sind gegenüber Einzelreisen in jedem Fall vorzuziehen. Be-

waffnete Raubüberfälle und Einbrüche, bei denen sich die Täter oft durch eine hohe Gewaltbereitschaft auszeichnen, sind häufig. Allein reisende Frauen setzen sich besonderen Risiken aus. Angesichts der in Papua-Neuguinea allgemein anzutreffenden hohen Gefährdungslage sollten die üblichen Vorsichtsmaßnahmen strikt beachtet werden. Insbesondere sollten nach Einbruch der Dunkelheit keine Spaziergänge, Fahrten oder Reisen über Land unternommen werden. Verzichten Sie auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und greifen Sie auf die Transportmittel der Hotels bzw. Reiseveranstalter zurück. Auch die Benutzung von Taxis kann, wie Vorfälle in der Vergangenheit gezeigt haben, mit Risiken verbunden sein.“

Die Angaben des Auswärtigen Amtes haben in PNG lebende Mitarbeitende des Missionswerkes der Evang.-Luth. Kirche von Bayern in ihren Rundbriefen und Emails bestätigt. (*Auswärtiges Amt* online 23.10.02, eigene Meldung, <http://reisen.t-online.de/reis/reis/ratg/arti/CP/argefahrliche-laender.html>)

Dürre-Katastrophe durch El Ni_o

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat die Bürger vor einer Dürrekatastrophe gewarnt und Verhaltensmaßregeln für den Notfall aufgestellt. Die Trockenheit in einigen Gebieten des Landes - wie bereits seit einigen Wochen in der Western Province - wird ebenso wie die in anderen Land- und Erdteilen auftretenden Flutkatastrophen durch das Wetterphänomen El Ni_o hervorgerufen.

Bei den El Ni_o-Auswirkungen des Jahres 1997 musste die Regierung 83 Millionen Kina (ca. 20 Mio. €) für die Lebensmittelsoforthilfe der hungernden Bevölkerung ausgeben. Diese Ausgaben will Sir Peter Barter, Minister für innere Regierungsangelegenheiten, in diesem Jahr verhindern. In den nationalen Tages-

zeitungen nannte er als Schutzmaßnahmen u.a. die Vorratshaltung von Konserven und Lebensmitteln mit langem Haltbarkeitsdatum, das Einsparen von Trinkwasser sowie die Vermeidung von offenem Feuer.

Die Provinzen im Hochland von PNG sind bereits von länger andauernder Trockenzeit betroffen. Hier wurde Wasser rationiert, viele Menschen müssen wegen der Wasserknappheit lange Wege zum Trinkwasserholen in Kauf nehmen.

Das neuseeländische *National Institute for Atmospheric Research* hat für die nächsten Monate eine hohe Wahrscheinlichkeit von tropischen Wirbelstürmen für die Inseln Wallis und Futuna, Samoa, Tokelau, Niue und die südlichen Cook-Inseln vorausgesagt.

Hintergrund: Unter normalen Verhältnissen bestimmen ein ausgeprägtes Hochdruckgebiet vor der Küste Südamerikas und der beständig wehende Südostpassat das Klima. Gleichzeitig werden die Strömungsverhältnisse im Ostpazifik von dem kalten, aus Süden kommenden und nach Westen abbiegenden Humboldtstrom geprägt. Alle paar Jahre kehrt sich diese Situation um: Warmes Meerwasser dringt aus Osten und Norden bis an die Küste Südamerikas vor. Gleichzeitig sorgt ein Tief über dem Ostpazifik für ungewöhnlich hohe Niederschläge mit oft katastrophalen Überschwemmungen in Teilen Südamerikas. Da dieses Phänomen vorwiegend im Dezember auftritt, hat man ihm den Namen "El Niño" gegeben (dt. Knabe, Christkind). (PC 23.09.02, PINA Nius online 14.11.02, www.wissen.de)

PNG erlässt Gesetz über das Stillen

Papua-Neuguinea hat als erstes Land des Pazifiks ein Gesetz zum Stillen Neugeborener erlassen. Ab sofort sind Supermärkte nicht mehr befugt, Babyflaschen, Sauger und Schnabellassen zu verkaufen. Gesundheitsminister

Dr. Nicholas Mann erklärte dies mit dem Gesundheitsrisiko durch Viren und Bakterien an nur oberflächlich gereinigten Babyflaschen und Schnabellassen.

Die Muttermilch (Kolostralmilch) schütze Neugeborene gegen Infektionen und sei zudem gratis. Künstliche Babynahrung sei sehr teuer und viele Frauen tendierten aus Kostengründen daher zur Verwässerung des Pulvers. So bekämen die Babys nicht genügend Nährstoffe mit ihrer Nahrung.

Die Aufforderung zum Stillen ist Bestandteil des Nationalen Gesundheitsplanes der Regierung. Das Gesundheitsministerium arbeitet hierbei zusammen mit der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID und der UNICEF (United Nations Children's Fund). (*Independent* 17.10.02, *Südostasien* Jg. 18, Nr. 3, 09/02)

Verluste durch illegale Spielautomaten

Die Regierung von Papua-Neuguinea verliert pro Jahr rund 15 Millionen Kina (3,6 Millionen Euro) an Staatseinkünften durch das illegale Betreiben von Spielautomaten. Das gab die nationale Spielaufsichtsbehörde (National Gaming Control Board, NGCB) jetzt bekannt. Der NGCB-Geschäftsführer, Alfred Allan Daniel, erklärte, im Land würden 300 Spielautomaten illegal betrieben, von den Betreibern dieser Automaten würden keine Steuern kassiert. Daniel sagte, in PNG hätten unter dem Spielegesetz nur drei Konzerne die Berechtigung zum Aufstellen von Automaten, dies seien die *Monian Group Ltd.*, die *United Pacific Corporation* und die *Lord and Company*. Wer von diesen Betreibern einen Automaten beziehen und aufstellen wolle, müsse einen Antrag an das NGCB stellen. Ein Inspektor des NGCB prüfe dann die Bedingungen des Standortes und gäbe sein o.k.. Illegal würden vor allem Automaten zum Pferderennen betrieben. Die Besitzer würden diese Automaten als reine Spiel-

automaten ohne Gewinne aufstellen und erst nachträglich eine sogenannte „black box“ einbauen, über die dann die Auszahlung von Geld möglich wird. Die black box kontrolliert die Auszahlung von Gewinnen bei Wetten auf Pferde. Alfred Daniel erläuterte weiter, die Betreiber dieser Maschinen müssten Steuern zahlen, da sie durch den Betrieb Geld einnehmen.

Bei einer unangekündigten Razzia der Polizei wurden kürzlich 200 dieser illegalen Pferderennen-Automaten mit 18.000 Kina in den Geräten konfisziert.

Das NGBC hat die Praxis von illegalen Spielautomaten scharf kritisiert. Es bestehe Suchtgefahr vor allem für Kinder, die ihr Essensgeld in die Geräte steckten. Man werde sich zukünftig für die Reduzierung von Spielstätten einsetzen, erklärte Daniel.

Nach einer Statistik des NGCB werden monatlich 50 Millionen Kina in Spielautomaten (sogenannte „pokies“) gesteckt. 60 % der Gewinne aus Automaten müssen an die Einkommensteuerbehörde abgeführt werden. Ein Betreiber der pokies gab an, in einem Monat seien 12,7 Millionen Kina in seine Maschinen investiert worden. Davon wären elf Millionen an Gewinner ausgezahlt und von den 1,7 Millionen Kina Bruttogewinn hätten 997.626 Kina an die Einkommensteuerbehörde abgeführt werden müssen.

Erzbischof Brian Barnes begrüßte die Entscheidung von Premierminister Sir Michael Somare, über das „erlaubte Glücksspiel“ detaillierter nachzudenken. Barnes sagte, „die Aufstellung der Spielautomaten produziert soziale Not, häusliche Gewalt und Eheprobleme. Sie sind ein Grund für die vermehrte Kriminalität, bereichern einige Reiche und die Regierung, schaffen aber Armut für viele Familien. Auf der einen Seite bezeichnen die Politiker das Glücksspiel als ein Übel, während sie auf der anderen Seite die Einnahmen daraus für

ihre Arbeit benützen, um politischen Einfluss im Land auszuüben.“ (Independent 26.09.02, 15.11.02, The National 30.09., 01.10.02)

BOUGAINVILLE

Stichtag verlängert

Die Stichtag zur Waffenabgabe auf der Insel Bougainville ist bis zum 24. Dezember des Jahres verlängert worden. Das beschloss das *Peace Process Consultative Committee* Anfang November in Arawa, nachdem bis zum bisherigen Stichtag 2. September nur 1.621 Waffen abgegeben worden waren. Botschafter Noel Sinclair, Chef des Beobachtungsteams der Vereinten Nationen (UN Observer Mission on Bougainville, UNOMB), erklärte, man werde die verbleibenden Wochen bis zur endgültigen Deadline zu intensiven Workshops und Aufklärungskampagnen in allen Distrikten der Insel nutzen. Bisher wüssten leider nicht alle Ex-Kombattanten, dass die am 6. Dezember vorigen Jahres begonnene Kampagne zur Abgabe aller Waffen demnächst auslaufe. Sinclair sagte, die traditionellen Chiefs in den Distrikten hätten ihre Unterstützung beim Einsammeln aller Waffen zugesagt. Die Chiefs wüssten am besten, wer wo noch welche Waffen versteckte, versicherte Sinclair.

Sinclair spielt eine Schlüsselrolle bei dieser Kampagne. Wenn er „grünes Licht“ gibt, d.h. wenn nach seiner und der Einschätzung der UNOMB alle Waffen sicher in den Containern verwahrt sind, kann die Autonomie-Regelung für Bougainville in Kraft treten und damit eine autonome Regierung ihr Amt antreten.

Über die Einhaltung des Friedens und die Abgabe der Waffen wacht ein 85-köpfiges Team von Friedensfachkräften aus Australien, Neuseeland, Vanuatu und Fiji. (ABC 10.10.02, Independent 07.11.02)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

AIDS-Kampagne als Herausforderung für die Kirchen

Der Leiter des Martin Luther Seminars, Dr. Kemung, sagte, dass die Kirchen wesentlich zur Lösung des AIDS-Problems beitragen könnten. Eine Lösung sei im Wort Gottes, das eindeutig gegen Unzucht und Ehebruch Stellung nimmt, zu finden. Er kritisierte dabei die einseitige medizinische Lösung der nationalen AIDS-Beratungsstelle, die allein auf die Verwendung von Kondomen setze, um diese Immunschwäche zu kontrollieren. Die Mehrzahl der Menschen in Papua-Neuguinea akzeptiere die dabei gebrauchten Wörter „Sex“ und „Kondom“ (in Pidgin-Englisch: karamap) nicht. Durch ihren Gebrauch werde nicht nur die melanesische Kultur, sondern auch die christliche Lehre von der Ehe, die damit verbundene Sexualität und Gottes Dasein, seine Ehre, Schönheit und Güte in den menschlichen Körpern beleidigt.

Die AIDS-Sendungen im nationalen Fernsehen und Rundfunk forderten alle christlichen Kirchen heraus. In dieser kritischen Zeit gelte es verantwortlich zu handeln. Alle Pfarrer, Evangelisten und Prediger seien aufgefordert, den Menschen klar und deutlich den Willen Gottes zu verkündigen. „Du sollst nicht ehebrechen!“ sei ein deutliches Wort. Dieses Gebot gelte es ernsthaft zu bedenken und Wege und Mittel zu finden, um die Krankheit zu besiegen. Es gehe darum, dass die Prediger Erleuchtung und Herausforderung verspürten, um ihre Botschaft glaubwürdig an die

Menschen zu bringen. (National 18.11.02)

Umfangreiche Pidgin- Konkordanz erschienen

Die von Missionar Werner Strauß in langjähriger Arbeit zusammengestellte Pidgin-Englisch-Konkordanz wurde von der Bibelgesellschaft von Papua-Neuguinea in diesem Jahr gedruckt. In dem 2.881 Seiten starken Werk sind alle Bibelstellen verzeichnet. Für alle kirchlichen Ausbildungsstätten, Pfarrer, Ältesten, Evangelisten und Frauenmitarbeiterinnen ist dieses umfangreiche Werk eine gute Hilfe bei ihrer Arbeit. Durch den Vergleich und die Verbindung der verschiedenen Bibelstellen wird das Wort Gottes klarer vermittelt. Für die Mitarbeiter der ELC-PNG, die meist nur über wenig theologische Literatur verfügen, ist dieses Nachschlagewerk eine große Hilfe. Der Selbstkostenpreis beträgt 115 Kina. Da aber die meisten Landpfarrer, Evangelisten und auch Ältesten wenig oder gar nichts verdienen, ist die Konkordanz für viele unerschwinglich. So verdienen z.B. die meisten Dorfpfarrer im Kotte-Kirchenkreis nur 100 Kina im Jahr.

Werner Strauß arbeitete von 1974 bis 1991 in der ELC-PNG. Danach wechselte er nach Singapur, wo er die dortige christliche Seemannsmission leitet. (eigene Meldung)

Männer fühlen sich benachteiligt

Bei der diesjährigen Kotte-Distrikt-Konferenz, die vom 21. bis 26. November in der Ortschaft Siwea am Rande des Cromwell-Gebirges stattfand, stellten die Versammelten fest, dass es im Distrikt (und wohl in der ganzen Kirche) keine Männerarbeit gibt. Aufgrund fehlender männlicher Gottesdienstteilnehmer machten sich die Versammelten Gedanken darüber, wie dem abgeholfen werden könnte. Es gibt in der Kirche Kindergottesdienst-, Jugend- und Frauen-

arbeit. Was fehlt, ist die Arbeit mit und unter Männern. Zur Konferenz waren über 1.700 Frauen und Männer gekommen. Die meisten der Delegierten und Teilnehmer mussten nach einer mehr oder weniger langen Anfahrtsfahrt einen achtstündigen Marsch bewältigen, um den in 2.000 m Höhe gelegenen Konferenzort zu erreichen. Einer unter ihnen war Diakon Stefan Aupperle, der in Heldsbach arbeitet. Bischof Dr. Wesley Kigasung kam mit einem Flugzeug der MAF (Missionary Aviation Fellowship). Er ordinierte acht Pfarrer zum geistlichen Amt und erklärte das Dedua-Gebiet zum achten Dekanat des Kotte-Distrikts. Früher hat dieses Gebiet zum Sattelberg-Circuit gehört. *(eigene Meldung)*

Boana als 16. Kirchenkreis der ELC-PNG deklariert

Auf einer vom 7. bis 12. Oktober in Boana stattfindenden Konferenz deklarierte Bischof Dr. Wesley Kigasung das ehemalige zum Kotte-Distrikt gehörende weitläufige Dekanat Boana als selbständigen Distrikt der ELC-PNG. Wie Mumeng ist dieser Kirchenkreis nicht in Dekanate aufgeteilt, sondern in sechzehn Parochien. Boana wurde von einheimischen Kotte sprechenden Missionaren des Quembung-Dekanats missioniert. Da die Wege nach Quembung sehr weit und beschwerlich waren, suchten die Evangelisten zuweilen Hilfe bei den Jabim-Missionaren von Gabmazung am Fluss Markham. Lange Zeit wirkte Missionar Gustav Bergmann unter den am Fuße des 4.121 m hohen Saruwaget-Massivs lebenden Stämmen dieses Gebietes. Boana ist bekannt wegen seiner fortschrittlichen landwirtschaftlichen Entwicklung unter Leitung von Gustav und Anna Bergmann. *(eigene Meldung)*

Dankgottesdienst nach der Wahl

Anlässlich der zu Ende gegangenen Wahl lobten und dankten Christen in Port Moresby Gott. Der Präsident des Nationalen Kirchenrates von Papua-Neuguinea (PNGCC), Bischof Samson Lowa, betonte, dass die Kirchen zusammen mit ihren Überseepartnern darum gebetet haben, dass Gott die Wahl positiv beeinflussen möge. Gutes werde entstehen, wenn die gewählten Führer sich ihres christlichen Glaubens verpflichtet fühlen. Dr. Wesley Kigasung, der die Predigt hielt, sagte: „Das ganze Land einschließlich seiner Führer ist aufgefordert, Gott als seine Stärke, Weisheit und seinen Rat zu erkennen. Wenn PNG von seinen Problemen geheilt werden soll, dann müssen wir zuerst bei uns beginnen. Das betrifft unser spirituelles Leben, unseren Verstand und unser Verhalten. Was wir sind und was wir haben, kommt von Gott. Deshalb lasst uns Buße tun. Nur dann wird Gott uns und unser Land segnen. Es war kein Fehler, dass PNG auf dem Fundament der christlichen Prinzipien gegründet wurde. Lasst uns zu unseren christlichen Wurzeln zurückkehren und so zur Heilung Papua-Neuguineas beitragen.“ *(Independent 22.08.02)*

Evangelisch-Lutherische Abgeordnete

„Die evangelisch-lutherischen Abgeordneten möchten ihrer Kirche beistehen“, so Morobe-Gouverneur Luther Wenge. Insgesamt wurden zweiundzwanzig evangelische Abgeordnete ins neue Parlament gewählt. Das entspricht genau dem Bevölkerungsanteil. Ein Teil von ihnen versammelte sich in der Auferstehungskirche in Lae. In seiner Ansprache forderte Bischof Dr. Wesley Kigasung die Versammelten auf, dass sie Gott vertrauen sollten und in Demut ihre Arbeit verrichteten. Nur so könne das Land geheilt werden. Als Interimspräsident wurde Michael Mas, Nord-Waghi, als Stellvertreter Ekis Ropenu, Kerema, und als Generalsekretär Bob Dadae,

Kabwum, gewählt. Unklar ist, in welcher Form sie der ELC-PNG helfen werden. *(Wantok 26.09.02)*

ELC-PNG Partners Forum zu Gewalt

Die zunehmende Gewalt in PNG war Thema des jährlich tagenden Gremiums der ELC-PNG. Zusammen mit den Mitgliedern der Überseekirchen aus Amerika, Australien, Kanada und Deutschland wurde an den beiden Konferenztagen besonders der Gewalt gegen Frauen und Kinder gedacht. Das Thema lautete:

„Überwindung von Gewalt durch Heilung und Versöhnung“. Gast sprecherin war die Sekretärin des nationalen neuguineischen Christenrates (PNCCC), Frau Gwen Tulo. Bischof Dr. Wesley Kigasung sagte: „Wir sind sehr betroffen über die zunehmende Gewalt, die sich besonders gegen die Schwachen im Lande richtet. Die Kirchen müssen gemeinsam mit der Regierung diese Bedrohung der Freiheit angehen.“ Aus Deutschland nahmen Pfarrer Gernot Fugmann und Pfarrer Dr. Traugott Farnbacher am Partners Forum teil. *(National 12.09.02, eigene Meldung)*

Regenbogen-Programm läuft an

Das von Karl-Heinz und Ingrid Württemberg neu erarbeitete Religionsunterrichts-Kurrikulum, ein Programm für die erste bis zur zwölften Klasse, wird von Pfarrer Hermann Spingler und Peter Pfahler in die Praxis umgesetzt. In einwöchigen Kursen für LehrerInnen und Pfarrer geht es zunächst darum, die Schülersituation und die Kultur des Landes im Blickfeld zu behalten, eigene Ziele zu formulieren und gangbare Schritte zu finden. Daheim soll das Programm dann in zehn abgehaltenen Stunden ausprobiert und kommentiert werden. Erst danach können die Lehrkräfte an einem zweiwöchigen Trainerkurs teilnehmen. Zur Zeit gibt es zu wenig ReligionslehrerInnen in der

ELC-PNG. Von den Pfarrern geben nur einzelne Unterricht. Viele Kinder werden deshalb in Glaubensdingen nicht unterrichtet. *(eigene Meldung)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

100 Jahre Missionsarbeit in Papua-Neuguinea

Die Missionarinnen vom Heiligsten-Herz-Jesu-Orden (MSC) konnten am 1. November ihre Ankunft vor genau einem Jahrhundert in Vunapope auf der Gazelle-Halbinsel in Ost-Neubritannien feiern. Während die ersten Schwestern aus Deutschland kamen, kommen sie heute aus allen Teilen in Papua-Neuguinea, sowie aus Deutschland, Australien, Amerika und Kiribati. Sie sind im Gesundheits- und Schulwesen wie auch im Gemeindedienst tätig. Um leichteren Zugang zu den Menschen zu finden, tragen sie keine Ordenskleidung. *(Wantok, Independent 31.10.02)*

Kleine Diözese in großer Provinz

Nach den Lutheranern sind die Katholiken in der Morobe-Provinz mit acht bis neun Prozent die zweitgrößte religiöse Gruppe. Die Mitglieder stammen meist aus dem Sepikgebiet, dem Hochland und den Papua-Neuguinea vorgelagerten Inseln. Die meisten Katholiken leben in Lae. Dazu kommt eine große philippinische Gemeinschaft. Außerhalb von Lae gibt es Gemeinden in Siassi, Wau, Bulolo und Menyamia. Geleitet wird die Diözese seit 1966 von Bischof Henry van Lieshout. In ihr arbeiten zehn Priester und acht Schwestern neben vielen Laien. Zwei Mitarbeiter wurden in den letzten beiden Jahren ermordet, Bruder Hubert Hofmann in Lae und Anton Pokahun in Wau. Neben der üblichen Gemeindefarbeit betreibt die Diözese ein Betreuungszentrum für straffällig gewordene Jugendliche in Erap. Eine Schwester lebt in der

von sozialen Spannungen heimgesuchten Bumbu-Siedlung. Neben Schulen unterhält die Diözese einen handwerklichen Betrieb und ein Sozialbüro, das sich unter anderen heimatlosen Frauen und Prostituierten annimmt. Ein aktives Frauenbüro mit einem erst kürzlich gegründeten Kreditverein nimmt sich der Frauen an. Die Diözese leistet mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Prostitution, Aids, Heimatlosigkeit, Drogen- und Alkoholproblemen, Gesetzlosigkeit und Armut. *(Catholic Reporter Oktober 2002)*

Jugendliche als Haushalter für Gottes Schöpfung verantwortlich

Organisiert vom Sozial-Sekretär des Nationalen Kirchenrates, Peter Soroya, fand vom 19. bis 21. August in Port Moresby ein Jugendvertreter-Seminar statt. Mehr als 200 Jugendliche aus verschiedenen Kirchen, unter ihnen auch Katholiken und Lutheraner, nahmen daran teil. Ziel des Seminars war es, die Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung besser zu verstehen. Heute sei ein jeder, ganz gleich wo er lebt, davon betroffen. Die Teilnehmer wurden ermutigt, Kritik einzubringen und nach Alternativen zu suchen. Beklagt wurde, dass es in PNG an geeigneten Informationen fehle und es daher schwer sei, all das, was die Globalisierung betrifft, zu verstehen. Änderungen, die besonders auf die Jugend zukommen, seien es kulturelle, die Umwelt betreffende oder traditionelle, müssten erst einmal verstanden werden, bevor sie bewältigt werden können. Das nationale ökumenische Jugendkomitee wurde innerhalb des Kirchenrates gegründet. *(Independent 05.09.02)*

Gewalt Thema Nummer eins in Papua-Neuguinea

Was können die Kirchen zur Eindämmung von Gewalt tun? Das war das Thema der „Konferenz religiöser Frauen (CWR)“ in Port Moresby. Frauen dürfen sich niemals und nirgendwo mit der Gewalt zufrieden geben. Sei es bei sich selbst, am Arbeitsplatz, in Organisationen und Institutionen, in Dörfern und Städten. Es gelte Gewalt in Nicht-Gewalt umzuwandeln. Dazu sei es nötig, die Gemeinschaft mit anderen zu suchen und diese zu respektieren. Erzbischof und Apostolischer Nuntius in PNG, Adolfo Tito Yllana, sagte in seiner Predigt, dass die Verbundenheit mit Christus zu pflegen sei. Nur so werden unsere Bemühungen wirksam und fruchtbar.

Zweitausend Menschen zogen am Unabhängigkeitstag (16.09.1975) durch die Straßen von Mount Hagen, um gegen die im Land herrschende Gewalt zu protestieren. Der Marsch führte zu den verschiedenen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft. Es war eine Demonstration für das Leben, das ein kostbares Geschenk Gottes sei und bewahrt werden müsse. *(Independent 19.09.02, 24.10.02)*

Frauen gebührt Dank

„Im Gegensatz zu den Kirchen hat es die Regierung nötig, sich bei den Frauen des Landes zu bedanken“, so die Vorsitzende des Nationalen Kirchenrates, Frau Sophie Gegeyo, anlässlich eines gut besuchten dreiwöchigen Seminars in Port Moresby. „Frauen versorgen nicht nur ihre Familien, sondern betätigen sich in ihren Dörfern und darüber hinaus. Sie besuchen Kranke und Gefangene und sind die Ansprechpartner für die Jugend. Dafür gebührt ihnen Dank“, machte Gegeyo deutlich. Die Themen der Konferenz waren: Gewalt, Gesundheit, Probleme, Nöte und Katastrophen. Die Referenten/Innen kamen vom Gesundheits-Ministerium oder waren Mitarbeiter der Vereinten Nationen.

Am letzten Tag wurde die Vorstandschaft des Christlichen Frauenbundes (PNGCW) gewählt. Als neue Vorsitzende wurde Agnes Aluvulo (Vereinigte Kirche), als ihre Stellvertreterin Ruby Sariga (ELC-PNG) und als Schatzmeisterin Francesca Igo (Katholische Kirche) gewählt. Dieses Komitee gestaltet für die nächsten drei Jahre das Programm der christlichen Frauenarbeit im Land. (*Wantok 05.09.02*)

Mit Gewalt und Terror verbundene Religionen unerwünscht

Vizepremier Dr. Marat ist der Meinung, dass „gewalttätige Religionen“ aus PNG verbannt werden sollten. Das sagte er in einer Sendung bei „Radio Wantok“, einem christlichen Sender. Dr. Marat bezog sich dabei auf die Attacke gegen das Welt-Handelszentrum in New York und das Bombenattentat in Bali. Dabei sind durch fundamentalistische muslimische Fanatiker viele Menschen getötet worden. „Über unsere in der Konstitution verankerte Religionsfreiheit soll nachgedacht werden. Eine jegliche Religion, deren Lehre gegen humane Prinzipien ist, muss aus PNG verbannt werden. Solche Attentäter sind Verächter des menschlichen Lebens, auch wenn der Koran sie dazu ermutigen sollte“, so Dr. Marat.

Der Christenrat von PNG (PNGCC) warnte jedoch vor vorschnellen Verdächtigungen gegen die muslimische Gemeinschaft. Im Land leben 500 einheimische Muslime. Dazu kommen 400 Ausländer. Die meisten davon leben in Port Moresby. Sozialsekretär Peter Saroya reagierte mit diesem Hinweis auf Aussagen von Vizepremier Dr. Marat anlässlich eines Interviews beim christlichen Radiosender Wantok in Port Moresby. Der Sekretär sagte: „Die in der Konstitution verankerte Religionsfreiheit betrifft alle Religionen, auch die muslimische. Erst muss be-

wiesen werden, dass die Muslime von PNG mit dem Terrorismus verbunden sind. Alle Kirchen sollen eingeladen werden, um zusammen mit der Regierung das Problem möglicher Terrorattaken zu bedenken und zu lösen. Zwischen Christen und Muslimen soll keine Feindschaft aufgebaut werden. Sie sollen zusammenarbeiten und nachdenken, ob eine Änderung der Konstitution nötig ist.“ (*Post-Courier 30.10.02, 06.11.02*)

Kirchliche Gesundheitsdienste benötigen mehr Geld

Die Regierung sollte die Kirchlichen Gesundheitsdienste CHS finanziell besser ausstatten. Dies sagte ihr Vorsitzender, Don Kudan, bei einem Forum in Lae. CHS versorgt über 51 %, auf dem flachen Land sogar 85 % der Bevölkerung. 2.876 Beschäftigte gehören ihm an. Viele von ihnen arbeiten in isolierten Gebieten. Die meisten Mitarbeiter seien christlich motiviert und bringen zuweilen für die Mitbewohner große Opfer. Ohne ihre Mitarbeit wären die ohnehin hohen Sterberaten in PNG noch höher. Von 1.000 Neugeborenen sterben bei der Geburt 73 Kinder und bis zum fünften Lebensjahr nochmals 102. Von 100.000 Müttern sterben 370 an den Folgen einer Geburt. (*National 15.11.02*)

„Wantok-Light“ geht 2003 auf Sendung

Der christliche Kurzwellen-Sender „Wantok-Light“ soll im nächsten Jahr auf Sendung gehen. Der Sender auf der Frequenz FM 93 kann nur in und um Port Moresby gehört werden. Deshalb versucht er, an drei Tagen während der einstündigen Sendung „share-a-thon“ die Summe von 200.000 Kina durch Spenden aufzubringen. In der Sendung legen christliche Politiker und Geschäftsleute und auch „Kirchenleute“ persönlich Zeugnis

von ihrem Glauben ab. Dadurch sollen christliche Mitbürger angesprochen werden, damit sie für den neuen Kurzwellen-Sender spenden. Wie Direktor Stephen Henry mitteilt, können im Augenblick nur 25 % der Bewohner Papua-Neuguineas die Botschaft von „Wantok-Light“ empfangen. „Das wird sich aber ändern, wenn der Kurzwellen-Sender auf Sendung geht. Dann werden nicht nur die Menschen in ganz Papua-Neuguinea, sondern auch die der Nachbarländer und die ganze Welt unser Programm hören können“, so der Rundfunkmann. (*Post-Courier 30.10.02*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

AUSTRALIEN

Bischofsbesuch stärkt Partnerschaft

Während einer Besuchs- und Urlaubsreise im pazifischen Raum (wir berichteten in Nr. 53) besuchte Bischof Dr. Johannes Friedrich auch die Lutherische Kirche von Australien (LCA). Er bestätigte damit die lange partnerschaftliche Verbindung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELCB) mit der LCA. Beide Kirchen sind durch ihre Arbeit in Papua-Neuguinea verbunden. Die Wurzeln dieser Partnerschaft liegen in der Missionsanstalt in Neuendettelsau. Am Missionsseminar ausgebildete Theologen waren in der Anfangszeit der LCA bedeutende kirchliche Führer.

Bischof Friedrich, der bei seinem Besuch mit den kirchlichen Führern zusammentraf, predigte mehrmals in Adelaide. In einer öffentlichen Veranstaltung sprach er über sein Leben als evangelisch-lutherischer Propst in Jerusalem und über „Ökumene und Mission im zwanzigsten Jahrhundert in Deutschland“. (*The Lutheran 16.09.02*)

KIRIBATI

Kirchenführer für freie Wahlen

Sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche hat ihre Gläubigen aufgefordert, frei zu wählen. „Wählt die, von denen ihr glaubt, dass sie euch am besten vertreten“, war die Meinung der Kirchenoberen. Der Führer der Protestanten, Baiteke Nabetare, hat die Pfarrer aufgefordert, sich aus der Politik herauszuhalten. Bischof Paul Mwea von der Katholischen Kirche sagte, „die Kirche hat keine politischen Parteien“. Der offizielle Wahlleiter, Betiota Tooki, ist über den Einfluss von Missionaren besorgt. Er sagte: „Die Menschen sollten frei wählen, ohne sich von außen beeinflussen zu lassen.“

Am 29. November wählen die I-Kiribatis bei nationalen Wahlen ihren Präsidenten sowie 39 neue Parlamentarier für das Einkammer-Parlament. (PIR 28.10.02, 13.11.02, www.cnn.com/WORLD/election.watch/asiapcf/kiribati.html)

WESTPAPUA

Religiöse Führer fordern unabhängige Untersuchung

Die religiösen Führer von Westpapua haben die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri aufgefordert, einen unabhängigen Untersuchungsausschuss durch die Nationale Menschenrechts-Kommission zu bilden, um die Timika-Attacke zu untersuchen. Bei dem Überfall auf die Mitarbeiter der Freeport-Mine wurden am 31. August zwei amerikanische und ein indonesischer Bürger getötet. Das indonesische Militär hat ohne

Untersuchung, die „Bewegung für ein freies Papua“ (OPM) beschuldigt, diese Tat begangen zu haben. OPM-Führer Kelly Kwalik, hat diese Beschuldigung zurückgewiesen.

Der Brief wurde von acht religiösen Führern, darunter auch von drei nichtchristlichen, unterzeichnet. (Neles Tebay 02.10.02)

OSTTIMOR

Belo zurückgetreten

Der katholische Bischof von Osttimor, Carlos Filipe Ximenes Belo, ist von seinem Amt aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Der 54-jährige Unabhängigkeitsbefürworter hatte die letzten drei Monate in einem Krankenhaus in Portugal verbracht. „Ich bin physisch und psychisch einfach müde“, erklärte Belo seinen Rücktritt, der bereits von Papst Johannes Paul im Vatikan akzeptiert wurde. Belo war seit 1983 das Oberhaupt der Katholiken. 97 % der 800.000 Bewohner von Osttimor gehören der katholischen Kirche an.

1996 hatte Bischof Belo gemeinsam mit dem jetzigen osttimoresischen Außenminister José Ramos-Horta den Friedensnobelpreis bekommen. Er war den beiden Aktivisten für ihren Kampf für die Unabhängigkeit und die Rechte der Osttimoresen zugesprochen worden. Osttimor wurde im Mai des Jahres unabhängig, nachdem sich die Bewohner in einem Referendum im August 1999 für die Unabhängigkeit des seit 1975 von Indonesien besetzten Landes ausgesprochen hatten. (Text von J.R., BBC News 26.11.02, AP 26.11.02, Der Spiegel 42/1986)

PAZIFIK ALLGEMEIN

Klimawandel heißes Thema in Japan

Der Klimawandel steht ganz oben auf der Tagesordnung des Japan-Pazifik-Gipfels (Pacific Island Leaders Meeting, PALM) im Jahr 2003 auf der japanischen Insel Okinawa. Das gaben die japanische Außenministerin Yoriko Kawaguchi und der fijianische Premierminister Laisenia Quarase bei einem Vorbereitungstreffen Anfang Oktober in Tokio bekannt. Kawaguchi sagte, die globale Klimaerwärmung sei kein typisch pazifisches Problem, sondern werde längerfristig alle Länder treffen. Die Ratifizierung des Kioto-Protokolls müsse deshalb weltweit erfolgen. Japan wolle die pazifischen Länder beim Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels mit neuen Technologien zur nachhaltigen Nutzung von Energie unterstützen, erklärte Kawaguchi. Man werde auch technische Hilfe leisten, etwa beim Bau von Entsalzungsanlagen auf trinkwasserarmen Atollen und beim Bau von Dämmen zum Schutz vor Bodenerosionen. Auf dem Gipfel werde man auch über die Verschiffung von radioaktivem Müll und die Endlagerung gefährlichen Mülls diskutieren, hieß es weiter.

PALM 2003 ist ein Gipfeltreffen zwischen den Regierungschefs der 16 Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum unter derzeitigem Vorsitz von Laisenia Quarase mit der japanischen Regierung. Das letzte Treffen dieser Art fand im Jahr 2000 in Miyazaki (Japan) statt. (PINA Nius online 09.10.02, Fiji Government online)

Gefährliches Kriegserbe

Vom 16. bis 20. September tagte in Sydney/Australien die neunte *International Oil Spill Conference*, die „Spillcon 2002“. Die Konferenz wurde ausgerichtet vom australischen Erdölinstitut (Australian Institute for Petroleum) und der Behörde für Si-

cherheit auf See (Maritime Safety Authority). Die asiatisch-pazifische Konferenz diskutierte Programme zum Umweltschutz und zur Vermeidung von Umweltschäden durch Ölteppiche auf See.

Sefanaia Nawadra, Berater für Meeresverschmutzung beim Umweltprogramm des Südpazifiks (South Pacific Regional Environment Programme, SPREP) und Trevor Gilbert, Umweltberater bei der australischen Behörde für Sicherheit auf See, machten in ihren Konferenzbeiträgen auf ein gefährliches Erbe des Zweiten Weltkrieges aufmerksam. Die Unterwasserwelt des Pazifiks sei durch Öl in den Tanks der im Krieg versenkten Schiffe bedroht. Mehr als 1.000 Schiffswracks mit einer Ladekapazität von mehreren Millionen Tonnen liegen am Grund des Ozeans, die meisten im Gebiet der Salomonen, der Förderierten Staaten von Mikronesien und der Philippinen. Alle drei Staaten waren Schauplätze von Seeschlachten im Zweiten Weltkrieg. Auch das Great Barrier Reef vor Australien, eines der letzten intakten Korallenriffe und Weltkulturerbe der UNESCO, ist von auslaufendem Öl der Wracks *USS Lexington* und *USS Neosho* bedroht. Die Schiffe wurden in der sogenannten „Schlacht in der Korallenmeersee“ 1942 von Japanern versenkt.

Sechs Jahrzehnte nach ihrem Untergang beginnen die Metallrümpfe der Schiffe auseinander zu brechen, die Korrosion führt zum Lecken der Öltanks. So bemerkten die 700 Einwohner von Uliithi (Mikronesien) Ende letzten Jahres einen großen Ölteppich in ihrer Lagune. Die Überprüfung ergab, dass das Öl vom 1944 versenkten Kriegsschiff *USS Mississinewa* stammte. Die amerikanische Küstenwache vermutet bis zu 1,6 Millionen Liter Öl allein in diesem Wrack.

In der Schlacht bei Guadalcanal wurden mehr als 50 Schiffe versenkt. Die Behörden der Salomonen vermuten, dass die sterbenden Korallenriffe in den west-

lichen Salomonen auf das auslaufende Öl in diesen Wracks zurückgehen.

Nawadra und Gilbert erklärten, es gäbe bisher noch kein internationales legales Instrument, das die Eigentümerschaft der Schiffe regelt. Allerdings gäbe es eine Art „Gewohnheitsrecht“ auf internationaler Ebene. So müsste zur Bergung der Schiffe oder zu jeder anderen Handlung zunächst die Erlaubnis des Landes eingeholt werden, in deren exklusiver ökonomischer Zone das Wrack liege, sowie auch die Erlaubnis des Landes, bei dem das Schiff zu Kriegszeiten registriert war.

SPREP will nun die bereits vorhandene Datenbank zu Fundorten und zu Ölmengen der Wracks ausbauen. Außerdem soll eine Studie zur Risikobeurteilung durchgeführt werden. Zudem müsse man sich international auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen, also z.B. auf das Abpumpen des Öls. (AFP 01.11.02, <http://www.spillcon.com/>)

Saipans Müllhalde gefährdet Umwelt

Die Mülldeponie auf der Insel Saipan gefährdet die Umwelt und die Gesundheit der 12.000 Einwohner des administrativen Zentrums der Nördlichen Marianen. Der Deponie mit dem Namen „Puerto Rico“ fehlt Muttererde zur Bedeckung der Giftstoffe. Pro Tag müssten eigentlich acht Inches (= 20 cm) Mutterboden auf die Müllhalde geschüttet werden, erklärte ein Sprecher des Tiefbauamtes. Nun ist dem Tiefbauamt die Muttererde auf der 122 Quadratkilometer großen Insel im Pazifischen Ozean ausgegangen. Die Deponie „leckt“.

Saipan war im Juni 1944 im Zuge des Zweiten Weltkrieges vom amerikanischen Militär besetzt worden. Die Amerikaner zerstörten die japanischen Garnisonen, die das Land seit 1918 für den Völkerbund verwaltet hatten.

Dabei kam es zu schweren Umweltschäden durch Einsatz von militärischen Waffen. Gegen Ende des Krieges errichteten die Amerikaner Militärbasen auf Saipan und der benachbarten Insel Tinian, von der aus die Atombombe auf Hiroshima gezündet wurde.

Die amerikanische Umweltschutzbehörde *Environmental Protection Agency* (EPA) verpflichtete sich in den 80er Jahren zur Säuberung der Insel. Dazu errichtete die Regierung des „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“ (so der korrekte Name für die Marianen) mit Hilfe von US-Geldern ein Müllrecyclingwerk sowie im Ort Marpi eine Mülldeponie. Diese soll bis Ende des Jahres soweit ausgebaut und verbessert werden, dass ein „Lecken“ des giftigen Mülls nicht mehr vorkommen kann. (Pacnews 11.11.02, *Pacific Islands Encyclopedia*)

Pazifik nicht vom Terrorismus bedroht

Der Aucklander Journalist Michael Field hat in einem Mitte Oktober für die Nachrichtenagentur Agence France Presse (AFP) veröffentlichten Artikel den Pazifik als eine Region „außer Reichweite internationaler Terroristen“ bezeichnet. Die meisten pazifischen Länder seien klein und überschaubar, so dass Fremde schnell auffielen, außerdem sei der Flugverkehr zu unregelmäßig für eine detaillierte Planung etwaiger Terrorattacken.

Field listet in seinem Artikel die touristischen Vor- und Nachteile der Pazifikländer auf. So seien Kiribati und die Förderierten Staaten von Mikronesien wegen ihrer isolierten Lage besonders sicher. Französisch-Polynesien sei ausreichend durch französische Soldaten geschützt und Neuseeland hätte wegen des derzeitigen Segelwettbewerbs „America's Cup“ strenge Sicherheitsvorkehrungen.

Am sichersten seien aber die Cook-Inseln, erklärte der bei AFP

für Neuseeland und den Pazifik zuständige Korrespondent. Diese seien von den USA noch nicht einmal als Land anerkannt. Fields Urteil zur Sicherheit schloss sich der Vizepremierminister der Cook-Inseln an. Sir Geoffrey Henry sagte wörtlich: „Im Pazifik gibt es so wenig organisiertes Verbrechen wie es Kokosnusspalmen auf dem Londoner Trafalgar Square gibt“. (AFP 21.10.02)

NROs unterzeichnen MoU

50 Mitarbeiter von 15 Nichtregierungsorganisationen (NRO) des Pazifiks haben Mitte Oktober in Suva/Fiji eine Absichtserklärung (MoU, Memorandum of Understanding) zur zukünftigen Zusammenarbeit unterzeichnet. Thema des MoU ist das sogenannte *capacity building* (Aufbau von Leistungsfähigkeit) regionaler NROs. Dies bezieht sich auf die Stärkung der NRO-Arbeit in finanzieller und administrativer Hinsicht, die Weiterbildung des Personals sowie die Fähigkeit zur längerfristigen Unabhängigkeit von Geldgebern aus Übersee. Die Koordinationsstelle der NROs im Pazifik, PIANGO (Pacific Islands Association of NGOs) in Port Vila/Vanuatu, agiert dabei als Clearinghaus. Piango-Koordinator Henry Vira sagte, man wolle den elektronischen Newsletter weiter ausbauen und mit Hilfe der Website Informationen zu *capacity building*-Projekten anbieten. Wenn alle NROs die gleichen Informationen erhielten, vermeide man Doppelungen bei Projekten und Programmen.

An dem MoU sind u.a. folgende Organisationen beteiligt: Fiji Women's Crisis Centre, Greenpeace Pacific, Pacific Concerns Resource Centre, WWF Pacific, Disabled Peoples Oceania und die Pacific Island Museum Association. (eigene Recherche Port Vila 30.09.02, PIANGO newsletter 17.10.02)

Kein Pazifik-Personal bei den UN

Im Sekretariat der Vereinten Nationen (UN) sind 16 Länder nicht vertreten. Das geht aus einem Bericht von UN-Generalsekretär Kofi Annan hervor. Der Bericht erschien auf Anweisung der UN-Generalversammlung, die um geographische und demographische Angaben zu den Mitarbeitern des Sekretariats gebeten hatte. Zu den nichtrepräsentierten Ländern des Pazifiks gehören Kiribati, Nauru, Palau, die Marshall-Inseln und Samoa. 20 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen sind unter der Mitarbeiterschaft überrepräsentiert, darunter Argentinien, Belgien, Indien, Pakistan und Nigeria. Das Geschlechterverhältnis bei den Mitarbeitern ist dagegen relativ ausgewogen. Von den 2.492 Angestellten sind 1.022 Frauen. (Bericht der United Nations General Assembly, A/57/414, 17.09.02)

Asylbewerber verlassen Camps

113 afghanische Asylbewerber sind Mitte November in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Menschen lebten seit dem vergangenen Jahr in Flüchtlingscamps auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) und auf Nauru. Sie wollten in Australien Asyl beantragen und waren von der australischen Einwanderungsbehörde unter Minister Philip Ruddock im Rahmen der sogenannten „pazifischen Lösung“ außerhalb des australischen Kontinents bis zum endgültigen Entscheid über ihren Status untergebracht worden. Die 113 Asylbewerber entschlossen sich zu einer Rückkehr nach Kabul, weil ihnen von Australien 1.000 AUS Dollar (565,- €) pro Person „Rückkehrerprämie“ gezahlt worden waren.

Von den ursprünglich 1.515 Flüchtlingen auf Manus und Nauru leben zur Zeit noch 820 auf den Inseln.

492 Flüchtlinge wurden vom *International Office for Migration* als „Flüchtlinge“ im Sinne der Genfer Konvention anerkannt.

Nun kommt es darauf an, wie die australische Regierung entscheidet. Einigen wenigen Flüchtlingen wurde bereits ein auf fünf Jahre beschränktes Aufenthaltsrecht für Australien bewilligt. Dazu zählen u.a. Menschen aus Afghanistan, dem Iran und dem Irak, die enge familiäre Bindungen nach Australien unterhalten.

Die katholischen Bischöfe von PNG sprachen auf einer Bischofskonferenz das Problem der auf Manus inhaftierten Flüchtlinge an. Es sei nicht Rechtsens, deren Freiheit zu beschränken. Erzbischof Karl Hesse meinte: „Als Christen wird von uns erwartet, dass wir auf Not und Elend dieser Menschen antworten. Sie sind weder Kriminelle noch Terroristen, sondern unsere Nachbarn, die unsere Hilfe brauchen. Das Gesetz in Papua-Neuguinea verbietet es, unschuldige Menschen zu inhaftieren. Die Kosten dafür sind hoch. Die Inhaftierung auf Manus kostet mehr, als sie in einem Hotel unterzubringen“. (Radio Australia 31.10.02, 18.11.02, PC 04.11.02, PINA Nius online 18.11.02)

USA finden Partner gegen UN-Tribunal

Zwölf kleinere Staaten unterstützen die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) bei ihrer Kampagne gegen den Internationalen Strafgerichtshof im niederländischen Den Haag. Mit den zwölf Ländern wurde vereinbart, dass amerikanische Friedenssoldaten nicht an das Haager Tribunal für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschenrechte ausgeliefert werden. Vertragspartner der USA bei dieser Kampagne sind u.a. die pazifischen Länder Palau, die Marshall-Inseln und die Föderierten Staaten von Mikronesien.

Der Ex-Präsident der USA, Bill Clinton, hatte 1998 den Vertrag zur Gründung des UN-Gerichtshofes (kurz: Haager Tribunal) unterzeichnet. Der Nachfolger im Amt, George W. Bush, lehnte die Ratifizierung des Ver-

trages jedoch mit der Begründung ab, dass amerikanische Soldaten so willkürlichen Strafverfolgungen ausgesetzt sein könnten. Seit Inkrafttreten des Vertrages am 1. Juli 2002 hat sich das Weiße Haus in Washington deshalb um bilaterale Abkommen mit anderen Ländern bemüht. Über die Abkommen soll die Zuständigkeit des Haager Tribunals umgangen werden.

Die Vereinten Nationen (UN) und die Europäische Union (EU) haben die Kampagne der USA scharf kritisiert. Die EU riet ihren potentiellen Beitragskandidaten von der Unterzeichnung des Abkommens mit den USA ab. (NN 26.9.02, <http://www.whitehouse.gov>)

BRENNPUNKT WESTPAPUA

Jahrestag der Ermordung von Theys Eluay

Am 10. November jährte sich der Mord an dem Vorsitzenden des Präsidiums des Papuarates, Theys H. Eluay. Am 11. November 2001 wurde er etwa zehn Kilometer von der Stadt Abepura entfernt in seinem Auto tot aufgefunden. Am selben Tag verschwand auch sein Fahrer Aristoteles Masoka.

Die Ermittlungen der indonesischen Polizei unter der Leitung des Polizeipräsidenten Made Mangku Pastika führten auf die Spur der berüchtigten Sondereinheit KOPASSUS der indonesischen Armee. Aristoteles Masoka war zuletzt in der Kaserne dieser Sondereinheit gesehen worden. Seither hat man nichts mehr von ihm gehört, sein Leichnam ist nie gefunden worden. Viele andere Indizien bestätigten die Mittäterschaft von Soldaten und Offizieren der KOPASSUS-Einheit, sowohl bei der Ermordung von Theys H. Eluay wie bei

der Beseitigung des Hauptzeugen, seines Fahrers.

Die indonesische Armeeführung leugnete noch bis in den Januar 2002 hinein jegliche Beteiligung an oder Verwicklung in die Mordfälle. Erst im April 2002 wurden neun Soldaten und Offiziere der Eliteeinheit festgenommen, da ihre gemeinschaftliche Täterschaft nicht mehr zu leugnen war.

Bis heute ist noch kein Strafprozess gegen die Täter eröffnet worden, obwohl die internationale Gemeinschaft Druck auf die indonesische Regierung ausgeübt und gefordert hat, den Mord an Theys H. Eluay rückhaltlos aufzuklären. Der Vorsitzende des Präsidiums war im In- und Ausland bekannt und galt als charismatische Führerpersönlichkeit.

Warum diese zögerliche Behandlung einer offensichtlichen Straftat, wenn die Fakten so klar auf dem Tisch liegen? Bei der Sondereinheit KOPASSUS handelt es sich um eine Elitetruppe, die stolz ist auf ihre Disziplin, immer auf Befehl handelt und nie eigenmächtig und disziplinos einschreitet. Die Vermutung liegt nahe, dass der Mord an Theys H. Eluay also „von oben“ angeordnet wurde. Theys hatte sich wiederholt offen für die Unabhängigkeit Westpapas von Indonesien ausgesprochen und galt aus der Sicht der indonesischen Regierung als Führer einer „separatistischen Bewegung“ und daher als Staatsfeind. Eine unabhängige Untersuchung dieses Falles und ein fairer Gerichtsprozess durch eine unabhängige Justiz würden die wahren Hintergründe des Mordes ans Licht bringen. Die Hintermänner, die den Mord angeordnet haben, sind wahrscheinlich in höheren Regierungs- und Militärkreisen zu suchen. Wenn also die indonesische Regierung hohe militärische und politische Funktionäre decken will, muss sie eine schonungslose Aufklärung dieses Mordes verhindern.

Das Präsidium des Papuarates unter Generalsekretär Thaha Al Hamid kündigte für den 1. De-

zember Feiern zum 41. Jahrestag der „Unabhängigkeit“ Papuas an. Am 1. Dezember 1961 hatte sich Westpapua unabhängig erklärt. Man werde das Grab von Theys Eluay besuchen, anschließend wolle man die indonesische und die Morgensternflagge Seite an Seite hissen, erklärte Al Hamid.

Das West Papua Netzwerk und seine Mitglieder (darunter auch das Pazifik-Netzwerk e.V.) wie auch viele andere Menschenrechtsorganisationen und Kirchen in aller Welt haben immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne Gerechtigkeit, ohne Durchsetzung des Rechts, ohne gerichtliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und ohne Bestrafung der Täter die Probleme der Provinz Papua nicht gelöst werden können. Sie haben auf Wunsch der Partner in Papua wiederholt an die Bundesregierung appelliert und sie gebeten, Druck auf die indonesische Regierung auszuüben, damit die „Kultur der Strafflosigkeit“ beendet wird.

Seit dem 10. November 2001 ist auch in Indonesien vieles geschehen. Vor allem der Bombenanschlag auf Bali am 12. Oktober 2002 hat die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gezogen. Mehrere kleine Bombenanschläge gingen diesem voraus, sie konnten nicht aufgeklärt werden. Auch der Mord an zwei US-Amerikanern und einem Indonesier in der Nähe der großen Gold- und Kupfermine Freeport bei Timika in der Provinz Papua am 31. August 2002 wurde bisher nicht restlos aufgeklärt. Auch hier war die Polizei der Provinz Papua sehr bald auf die Spur der militärischen Sondereinheiten gestoßen. Da US-Amerikaner zu den Opfern gehörten, verlangte die amerikanische Regierung die Einbeziehung von FBI-Beamten und konnte vier FBI-Spezialisten nach Timika entsenden, die mit der Provinzpolizei zusammenarbeiteten.

Ein Artikel in der *Washington Post* von Anfang November geht davon aus, dass die indonesi-

schen Streitkräfte TNI (Tentara Nasional Indonesia) unter Kommandeur General Endriartono Sutarto (oberster Befehlshaber der Streitkräfte) in den Überfall auf die Freeport-Mitarbeiter verwickelt war. Die Schuld am Überfall sollte nach geheimen Quellen der *Washington Post* auf die papuanische Unabhängigkeitsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka) geschoben werden.

Bei dem Überfall auf zwei Kleinbusse des Bergbauunternehmens Freeport waren Edwin L. Burgon, Rektor der Internationalen Schule in Timika, und die Lehrer Ricky Spier und Bambang Riwanto getötet worden, elf weitere Insassen waren zum Teil schwer verletzt worden.

Inzwischen haben Rechtsanwälte der TNI der *Washington Post* ein Ultimatum gestellt. Sollte diese ihre Anschuldigungen nicht in Form einer Gegendarstellung zurückziehen und sich für die Behauptungen entschuldigen, werde man die Zeitung auf eine Milliarde US Dollar Schadensersatz verklagen. TNI-Anwalt Frans Hendra Winata sagte, der gute Ruf der militärischen Streitkräfte habe empfindlich durch den Bericht in der *Washington Post* gelitten. (*E-Info West Papua Netzwerk* 04.09.02, Bericht von Dr. Siegfried Zöllner, 10.11.02, Interoffice Memorandum Freeport 01.09.02, *Washington Post* 27.10 und 03.11.02, *Reuters* 21.11.02, *PINA Nius online* 27.11.02, *RNZI News* 26.11.02)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Verurteilung der Meuterer

Fiji: 15 Soldaten der fijianischen Armee sind Mitte November zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten bis lebenslänglich verurteilt wor-

den. Sie hatten im November 2000, wenige Monate nach dem Regierungsputsch durch George Speight, in der Queen Elizabeth Baracke gemeutert und dabei acht Menschen getötet. Die Soldaten gehörten der sogenannten „Counter Revolutionary Warfare Unit“ an. Sie hatten versucht, die militärische Übergangsregierung unter Führung von Kommandeur Frank Bainimarama umzustürzen. Der Anführer der aufständischen Soldaten, Captain Shane Stephens, erhielt die Todesstrafe. Sie wurde jedoch in lebenslange Haft umgewandelt.

Die Anwälte der 15 Verurteilten haben angekündigt, in die Berufung gehen zu wollen. (*ABC* 14.11.02, *Fiji Times* 17.11.02, *Fijivillage.com* 06.11.02, *PIR* 20.11.02)

Gewalt gegen Frauen teuer

Fiji: Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder kostet die fijianische Regierung jährlich bis zu 300 Millionen Fj. Dollar (143 Mio. €). Das gab Savenca Narube, Direktor der Landeszentralbank, bei einem Workshop des *Fiji Womens Crisis Centre* (FWCC) in Suva bekannt. Dies entspreche einem Anteil von 7 % am Bruttoinlandsprodukt.

Das FWCC besteht seit 1984 und hat 16 Mitarbeiterinnen. Es ist eine überkonfessionelle NRO, die Rat und Hilfe für vergewaltigte und missbrauchte Frauen und Kinder anbietet. Die Lobby- und Advocacy-Arbeit bezieht sich auf jede Form von Gewalt gegen Frauen. Die NRO definiert sich als Menschenrechtsorganisation, die für den Schutz der Frauen vor (körperlicher und seelischer, nicht struktureller) Gewalt eintritt. FWCC ist eingebunden in das „Pacific Women’s Network against violence against women“. Nach Beendigung des Programms zur Stärkung von Frauen in typischen Männerberufen „Girls can do everything!“ und der Lobby-Kampagne „Real men don’t hit women“, beginnt nun ein auf drei Jahre ausgerichtetes Programm zur Bewusstseinsma-

chung der Rolle von Männern in der Gesellschaft. Dazu sollen Männer in Workshops alternative Verhaltensweisen zu ‚Machosmus‘ und Gewalt lernen, und dies dann auf der grassroot-Ebene weitergeben.

Nach Angaben des FWCC erleiden jährlich 36.000 Frauen und Kinder in Fiji Gewalt. (*Gespräch mit der Direktorin des FWCC am 22.09.02 in Suva, Fiji Daily Post* 27.11.02)

Krisenstimmung

Salomonen: Die Situation auf den Salomon-Inseln beruhigt sich nicht. Die Polizei bemüht sich um die Gefangennahme des aufständischen Rebellenführers Harold Keke an der Weathercoast. Keke hatte im August den Minister für Jugend, Sport und Frauen, den katholischen Pater Augustine Geve, erschossen. Ihm werden noch zehn weitere Morde zur Last gelegt. Die Polizei will Keke auf jeden Fall lebend fangen. Der Anführer der Guadalcanal Liberation Front sei wichtigster Zeuge bei der Aufarbeitung des ethnischen Konfliktes zwischen den Menschen auf Guadalcanal und der benachbarten Insel Malaita. Keke habe den Konflikt von Anfang an verfolgt, er kenne alle Täter und Zusammenhänge, erklärte ein Polizeisprecher. Die Weathercoast wurde von Polizeieinheiten komplett abgeriegelt, die 3.000 Bewohner werden mit Hilfe von Care-Paketen versorgt. Die Polizei kündigte an, sie werde jede Suche nach Keke sowie alle anderen Tätigkeiten einstellen, sollten nicht umgehend ihre ausstehenden Gehälter von der Regierung gezahlt werden.

Ende November wurde der Bürgermeister der Hauptstadt Honiara, Ronald Fugui, nach einem Misstrauensvotum entlassen. Der Polizeipräsident Morton Sireheti war im November zurückgetreten. Er hatte der Regierung unter Premierminister Sir Allan Kema-keza Inkompetenz und Scheinheiligkeit vorgeworfen. (*Radio Australia* 07.11.02, *Radio New Zealand* 09.11.02, *Solomon Star* 12.11.02, *PINA Nius online* 24.10.02, 27.11.02)

SIDT feiert 20. Geburtstag

Salomonen: In diesem Jahr feierte der „Solomon Islands Development Trust“ (SIDT) sein 20-jähriges Bestehen. SIDT setzt sich für dörfliche Entwicklung ein. Der Trust arbeitet in vier verschiedenen Bereichen: Verbesserung der Ernährung, der Hygienebedingungen und der Gesundheit sowie Gelderwerb durch Kleinstprojekte (small income-generating projects). Die Mitarbeiter (sogenannte Mobile Team Members) dieser Nichtregierungsorganisation ermutigen die Familien auf der grassroot-Ebene, durch geringe Investitionen ihren Lebensstandard zu verbessern. So trägt ein kleiner Küchenkräutergarten (supsup) bereits zu einer gesünderen Ernährung bei und der Schlaf unter Moskitonetzen verhindert die Ansteckung mit Malaria. Projekte des SIDT umfassen die nachhaltige Nutzung des Regenwaldes durch kontrollierte Abholzung oder die Aufzucht von Schmetterlingen sowie die Herstellung von Papier aus Rindenbaststoffen zum Verkauf.

Methodisch arbeitet der SIDT nicht nur mit Workshops und Printmedien, sondern auch mit einer kleinen Theatergruppe, die in den Dörfern auftritt und so Menschen ohne formale Ausbildung erreicht. (*Tok Blong Pasifik*, Vol. 56, No. 2, Summer 2002, <http://www.peoplefirst.net.sb>)

Erster Aidsfall

Vanuatu: Ende September wurde in Port Vila, der Hauptstadt der Republik Vanuatu, der erste Aids-Fall behördlich gemeldet. Es handelt sich um eine Krankenschwester, die das Virus aus Papua-Neuguinea eingeschleppt haben soll. Bisher gab es keine offiziellen Aidsfälle in Vanuatu. Die Regierung handelte sofort und informierte die Öffentlichkeit mit Hilfe der Tageszeitung „Trading Post“ und einer Pressekonferenz. Wenige Tage nach Be-

kanntgabe des Falles sendete der einheimische Fernsehsender „Television blong Vanuatu“ ein von der Nichtregierungsorganisation *Wan Smolbag Theatre* vorbereitetes Kammerstück zur Verbreitung, Übertragung und dem Schutz vor Aids. Da 50 % der Bevölkerung Vanuatus Analphabeten sind, erfolgt ein Großteil der (gesundheitlichen) Aufklärung über das lokale Fernsehen. Das Stück des *Wan Smolbag Theaters* zeigte in aller Deutlichkeit den Gebrauch von Kondomen und ging in der Spielfilmhandlung ebenfalls auf die Bedeutung ehelicher Treue ein. Die *Vanuatu Family Health Association*, eine Organisation zur Familienplanung und Gesundheitsaufklärung, begann mit der kostenlosen Verteilung von Präservativen und bebilderten Informationsbroschüren. (*eigene Beobachtung in Port Vila*, 28.09.02 ff., *PIANGO newsletter 10/02*)

Vanuatu unterstützt Westpapua

Vanuatu: Die Regierung der Republik Vanuatu unterstützt weiterhin die Unabhängigkeitsbestrebung der indonesischen Provinz Papua (Westpapua). Damit ist die Mission eines indonesischen Sonderbotschafters Ende Oktober in Port Vila gescheitert. Der Diplomat Imron Cota hatte in Gesprächen mit Vizepremierminister Serge Vohor versucht, die vanuatische Regierung von ihrer Unterstützung abzubringen. Vohor erklärte, man wolle das freundschaftliche Verhältnis zu Indonesien zwar nicht gefährden, jedoch fühlten sich die Ni-Vanuatus als Melanesier mit den Papuas in Neuguinea eng verwandt, deshalb sei die Unterstützung eines unabhängigen Landes - wie es Vanuatu bereits seit 1980 ist - selbstverständlich. Erst kürzlich war in Port Vila, der Hauptstadt von Vanuatu, eine Art „Botschaft“ (diplomatisches Büro) der Papuas eröffnet worden. Andy Ayamiseba, Repräsentant der Westpapuas in diesem Büro, begrüßte die Entscheidung der

Regierung und lobte dessen „Prinzipientreue“. (*PINA Nius online 17.09.02, Pacific Weekly Review 28.10.02*)

Sope wieder frei

Vanuatu: Der ehemalige Premierminister der Republik Vanuatu, Barak Sope, ist aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen worden. Sope war im Sommer des Jahres wegen Amtsmissbrauchs und Urkundenfälschung von Kreditbriefen zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Seine Gefängnisstrafe hatte er im Juli angetreten. Der Präsident von Vanuatu, der anglikanische Pfarrer John Bani, machte von seinem Amtsrecht Gebrauch und unterschrieb die Begnadigung. Barak Sope leidet unter Diabetes und war aufgrund der Schwere der Krankheit vom Gefängnis ins Krankenhaus verlegt worden.

Die Begnadigung Sopes hat in Vanuatu Diskussionen um das Recht des Präsidenten zu Begnadigungen ausgelöst. Father John Bani habe bereits in der Vergangenheit extensiven Gebrauch von seinem Amtsvorrecht gemacht und Kriminelle, Mörder und Diebe begnadigt. Das Kabinett beschloss, über einen Zusatzartikel zur Verfassung nachzudenken, der in Zukunft dieses Recht erheblich einschränken soll. (*Flash d'Océanie, PIR 15.11.02, Flash d'Océanie 23.11.02*)

Export von Altmittel

Neukaledonien: Das französische Überseegebiet Neukaledonien (Kanaky) hat 4.400 Tonnen Altmittel nach Indonesien exportiert. Neukaledonien ist eines der wenigen pazifischen Länder, das seit 38 Jahren einen Vertrag zur Exportierung von Metallabfällen und Schrott mit der indonesischen Republik unterhält. Einmal jährlich schickt die Abfallverwertungsgesellschaft EMC aus Suva das Frachtschiff *Ocean Logger* in den Hafen der kanakischen Hauptstadt Nouméa, dort

werden die Metallabfälle verladen und zur Wiederaufbereitung nach Indonesien verschifft. Im Wesentlichen handelt es sich bei dem Schrott um kaputte Autos und verrostetes Eisen, das in anderen Ländern einfach in der Natur „entsorgt“ wird. (*Oceania Flash* 20.11.02)

10 % für Regierung

Neukaledonien: Die kanadische Bergbaufirma INCO hat 10 % Aktienkapital an der Goro Nickelmine an die Regierung des französischen Überseegebietes abgetreten. Das gab der Geschäftsführer von INCO, Scott Hand, bekannt. 5 % Anteile erhält die Southern Province, in dessen Gebiet sich die Nickelmine befindet, die anderen 5 % erhält die Territorialregierung. Die Vereinbarung zwischen INCO und der Regierung sieht des Weiteren vor, dass die Regierung ein Mitglied des Aufsichtsrates der Goro Nickelmine stellen darf.

INCO Limited hält 70 % der Anteile an der Mine, 15 % Aktienanteile hält das japanische Minenkonsortium Sumitono Metal Mining.

Wegen der schwierigen Verhandlungen zwischen der kanadischen Betreiberfirma und den traditionellen Landeignern und wegen der Proteste der einheimischen Bevölkerung gegen die Umweltgefährdung durch eine Nickelmine sind die Bauarbeiten an der Mine bereits im September zum Erliegen gekommen. 100 australische Ingenieure und mehr als 600 Arbeiter hatten das Minengelände verlassen. Die Kosten werden sich durch den Baustopp vermutlich von 1,45 Milliarden US Dollar auf 1,7 Milliarden US Dollar erhöhen. Geplant war die Aufnahme des Minenbetriebes für Ende 2004. Im Jahr 2005 sollen jährlich 54.000 Tonnen Nickel und 5.400 Tonnen Kobalt aus der Mine gefördert werden. In Goro vermuten Experten 200 Millionen Tonnen wertvolle Bodenschätze, die in

den nächsten 20 Jahren ausgebeutet werden sollen.

Mittlerweile sind die ersten 16 philippinischen Bergarbeiter in Nouméa angekommen, noch in diesem Jahr sollen zwanzig philippinische Spezialisten folgen. Bis Mitte nächsten Jahres sollen 3.000 philippinische Minenarbeiter in Goro angestellt sein. Der neukaledonische Kongress hat in seiner Augustsitzung vorsorglich neue Gesetze für ausländische Arbeitnehmer erlassen. Diese regeln u.a. die Aufenthaltsdauer und den Mindestlohn. Einige Kongressabgeordnete kritisierten die Gesetze. Sie fürchten, die philippinischen Arbeiter könnten länger im Land verbleiben als im Arbeitsvertrag vorgesehen. Die Verträge mit philippinischen Arbeitern könnten zu Neid bei den Kanaken führen. (*Oceania Flash* 20.11.02, *PINA Nius online* 23.11.02, <http://www.ac-noumea.nc/yate/economie/goronickel.htm>, www.incoltd.com/projects/goro/default.asp)

Friedliche Lösung in Sicht

Neukaledonien: Bei den Landstreitigkeiten zwischen einheimischen Kanaken und zugereisten Einwohnern aus Wallis und Futuna in Nouméa ist eine friedliche Lösung in Sicht. Die Chiefs der beiden betroffenen Gemeinden von St. Louis, einem Vorort der Hauptstadt, vereinbarten nun, auf friedlichem Weg eine Lösung der Konflikte finden zu wollen. Der Streit um Land war vor elf Monaten entbrannt und hat bisher zwei Kanaken und einem Futuniener das Leben gekostet. Eine Gruppe einheimischer Kanaken will die 1.000 Mitglieder umfassende Gemeinde von Menschen aus Wallis und Futuna von der Ave Maria-Mission vertreiben. Das Land war der katholischen Kirche in den 60er Jahren zur Verfügung gestellt worden. Auf dem 23 Hektar großen Grundstück hatten sich dann Menschen aus dem französischen Überseegebiet Wallis und Futuna niedergelassen. In Neukaledonien leben zur Zeit 20.000 Menschen aus Wallis und Futuna (Gesamtbevölkerung von Neukaledonien:

200.000). Auf den beiden Inseln nordöstlich von Fiji leben noch 15.000 Menschen.

Auf dem Gebiet der Ave Maria-Mission lebten bisher 150 Familien aus Wallis und Futuna. Viele sind aus Angst vor den Kanaken, die Anspruch auf das Land gewalttätig umzusetzen versuchten, weggezogen. Die verbleibenden 90 Familien sollen in den nächsten zwei Jahren aus St. Louis wegziehen und in verschiedenen anderen Vororten von Nouméa angesiedelt werden. (*Oceania Flash* 11.11.02)

MIKRONESIEN

50. Jahrestag der ersten Thernonuklearbombe

Enewetak/Marshall-Inseln: Am 1. November des Jahres jährte sich zum 50. Mal die Zündung der ersten Thernonuklearbombe auf dem Enewetak-Atoll in den Marshall-Inseln. Die Bombe namens „Mike“ wurde am 1.11.1952 um 7:15 Uhr von der amerikanischen Regierung auf der kleinen Insel Elugelab gezündet. Diese erste sogenannte Hydrogenbombe hatte eine 693-fach größere Explosionskraft als die 1945 über der japanischen Stadt Hiroshima gezündete Atombombe. Elugelab wurde pulverisiert, es entstand ein 1,2 Meilen tiefer Krater am Grund des Ozeans und eine durch die Explosion der zehn Megatonnen schweren Bombe ausgelöste Riesenflutwelle raste durch den Pazifik.

11.000 Menschen waren auf dem Enewetak-Atoll mit den Vorbereitungen zur Zündung der Bombe beschäftigt. Sie verließen per Schiff die Insel, bevor „Mike“ auf Elugelab, rund 30 Seemeilen von Enewetak entfernt, explodierte.

Die 142 einheimischen Bewohner von Enewetak waren bereits im Dezember 1947 von ihrem Atoll evakuiert worden. Sie wurden zum Ujelang-Atoll verschifft, einer kleineren, ressourcenarmen und isolierten Insel 150 Meilen süd-

westlich ihrer Heimat. Dort litten sie unter Wasserknappheit, Hunger, Krankheiten und hoher Kindersterblichkeit. Bis zum 1. Oktober 1980, als einige Menschen die Rückkehr auf das von den Amerikanern „dekontaminierte“ Atoll wagten, blieben die Enewetakesen auf Ujelang. In die Geschichte gingen sie und die Bewohner der anderen evakuierten Atolle als „Nuklearnomaden“ ein.

Heute leben wieder 1.500 Menschen auf Enewetak. Sie haben die US-Regierung auf 386 Millionen Dollar Schadensersatz für den Verlust ihres Landes und die harte Zeit auf Ujelang verklagt. Zwischen 1986 und 2002 bezahlten die Amerikaner bereits 270 Millionen US Dollar Entschädigungen.

Die USA haben bisher 1.054 Nuklearwaffen getestet. Zwischen 1946 und 1962 fanden 82 dieser Tests im Pazifik statt, und zwar auf den Atollen Bikini, Enewetak (43 Tests) und Johnston. Die stärkste Bombe weltweit wurde ebenfalls von den Amerikanern gezündet: Am 1. März 1954 explodierte sie unter dem Codenamen „Bravo“ auf dem Bikini Atoll. (<http://www.kaleo.org>, Artikel am 21.10.02, *Honolulu Weekly*, 30.10.02, *PINA Nius online* 18.11.02)

Wahlergebnisse

Guam: Bei den Wahlen in dem amerikanischen Überseeterritorium Guam am 5. November wurden der Gouverneur, das Territorialparlament sowie der Abgeordnete Guams im US-Kongress neu gewählt. Im Rennen um die Nachfolge des nach zwei Amtsperioden nicht mehr antretenden bisherigen demokratischen Gouverneurs Carl Gutierrez konnte sich der Kandidat der republikanischen Partei, der Geschäftsmann Felix Camacho, gegen Robert Underwood, den bisherigen Kongressabgeordneten und demokratischen Gouverneurskandidaten, mit 55,2 % gegen 44,8 % der Stimmen durchsetzen. Der neue Gouverneur Felix

Camacho ist der Sohn des ersten gewählten Gouverneurs von Guam, Carlos Camacho, der von 1971 bis 1975 amtierte. Ironischerweise ist der neue Vizegouverneur Kaleo Moylan ebenfalls der Sohn des damaligen Vizes von Carlos Camacho.

Im 15-sitzigen Territorialparlament erhielten dagegen die Demokraten mit neun Sitzen die Mehrheit, die Republikaner kamen nur auf sechs Sitze.

Als Nachfolgerin des bisherigen demokratischen Kongressabgeordneten Robert Underwood wurde die aus den USA stammende bisherige Vizegouverneurin Madeleine Bordallo, die Witwe des früheren Gouverneurs Ricardo Bordallo, gewählt. Sie gewann mit 64,5 % zu 35,5 % klar gegen den Republikaner Joseph Ada. Der bisherige Kongressabgeordnete und erfolglose Gouverneurskandidat Underwood hatte sich im Pazifikraum einen verdienstvollen Namen gemacht, weil er sich sehr für die kulturellen und politischen Rechte der Chamorros (Guams einheimischer Bevölkerung) engagiert sowie später gemeinsam mit seinem Kollegen Faleomavaega aus Amerikanisch-Samoa gegen die französischen Atomtests und zuletzt (ebenfalls gemeinsam mit Faleomavaega) für die Selbstbestimmung Westpapas eingesetzt hatte.

Guam ist eine 541 Quadratkilometer große Insel südlich der Marianen. Von den 149.640 Einwohnern sind rund 60.000 wahlberechtigt. Guams Legislative besteht aus 21 für vier Jahre gewählten Mitgliedern und einem ebenfalls für vier Jahre gewählten Gouverneur. Ein Delegierter repräsentiert Guam im amerikanischen Kongress. Am 1. Juni 1950 wurde Guam ein *unincorporated* nicht-sich-selbst regierendes Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika. (Artikel durch Email von Lorenz Gonschor 19.11.02, *Pacific Islands Encyclopedia*, PIR 29.05.02, <http://www.underwoodada.com/?ua=home>, *Pacific Islands Report*, *Guam Pacific Daily News*, www.guampdn.com; www.kuam.com; *Elections around the world*, www.electionworld.org)

Erste Frau an Spitze des Fischereirates

Guam: Universitätsprofessorin Judith Guthertz ist die erste Frau an der Spitze des *Western Pacific Regional Fishery Management Council*. Der Fischereirat wurde 1976 gegründet, er hat heute 40 Mitglieder und ist zuständig für die Verwaltung der amerikanischen Exklusiven Ökonomischen Zonen (drei bis 200 Meilen, EEZ) um die Länder Hawai'i, Amerikanisch-Samoa, die Marianen und Guam. In den Aufsichtsrat des Fischereirates wurden vier weitere Personen aus den entsprechenden Ländern der EEZs für jeweils ein Jahr gewählt. Die Juristin Guthertz von der Universität Guam wurde vom amerikanischen Wirtschaftsministerium zur Vorsitzenden des Fischereirates ernannt. Nach der Wahl diskutierte der Rat die Einführung von Fischereilizenzen auch für Hobbyangler in den EEZs. Bisher benötigen Freizeitangler z.B. in Hawai'i weder eine Lizenz noch müssen sie die Ergebnisse ihrer Fischzüge an offizieller Stelle melden. (*Independent* 24.10.02, <http://www.wpcouncil.org/>)

POLYNESIEN

Größere Autonomie genehmigt

Französisch-Polynesien: Der französische Senat hat Anfang November einen Plan zur Änderung der französischen Verfassung auf den Weg gebracht. Der Änderungspassus sieht größere Autonomie für die bisherigen Überseegebiete Frankreichs im Pazifik vor. Langfristiges Ziel ist die Änderung des politischen Status dieser Gebiete.

Die Territorialregierung von Französisch-Polynesien unter der Führung von Präsident Gaston Flosse setzt sich seit längerer Zeit für ein neues Autonomiestatut ein, das der lokalen Regie-

zung deutlich mehr Kompetenzen geben soll. Ein erster Gesetzesvorschlag wurde 1999 vorgelegt. Vorbild dafür war das 1998 für Neukaledonien geschlossene Nouméa-Abkommen, das diesem Gebiet eine innerhalb der französischen Republik einzigartig weitreichende Autonomie gewährt. Nach dem Wunsch der Flosse-Regierung sollte Französisch-Polynesien von einem TOM (Territoire d'outre-mer) zu einem POM (Pays d'outre-mer) werden. Dieser POM-Status sollte insbesondere folgende Punkte umfassen: Französisch-Polynesien erhält eine eigene Staatsbürgerschaft (neben der französischen); die lokale Versammlung erhält gesetzgeberische Kompetenz, gleichrangig mit der französischen Nationalversammlung; die Zuständigkeit für Einwanderung sowie die meisten anderen Kompetenzen werden vom französischen Staat an die lokale Regierung übertragen, so dass Frankreich nur noch für Verteidigung und Polizei zuständig ist (Außenpolitik wird gemeinsame Zuständigkeit von französischer und lokaler Regierung). Außerdem sollte der Name des Gebietes von Französisch-Polynesien in „Tahiti Nui“ (Groß-Tahiti) geändert werden. Da dieses Statut mit einigen Grundsätzen der französischen Verfassung nicht zu vereinbaren ist, ist zu dessen Beschluss eine Verfassungsänderung notwendig, wofür eine Mehrheit in beiden Parlamentshäusern (Senat und Nationalversammlung) sowie im Kongress (dem nur für solche Fälle gebildeten Zusammenschluss der beiden Häuser) benötigt wird.

Die damalige sozialistische Regierung unter Jospin war bereit, allen Überseegebieten größere Autonomie zuzugestehen und auch das für Französisch-Polynesien vorgeschlagene Statut fand grundsätzlich Zustimmung. Allerdings regten sich gegen Flosses Statutprojekt auch Bedenken, da man befürchtete, Flosse könnte zuviel Macht erhalten. Außerdem gab es auch unter den Sozialisten zahlreiche

Verfechter eines starken französischen Zentralstaates. Zudem hatte Flosse wegen diverser alltagspolitischer Streitereien insgesamt kein gutes Verhältnis zur Jospin-Regierung. All dies führte dazu, dass Flosses POM-Gesetzesvorlage während Jospins Regierungszeit immer wieder neu debattiert und abgeändert, aber nie beschlossen wurde.

Seitdem im Frühjahr 2002 die französische Regierung und Parlamentsmehrheit wieder an die Gaullisten fiel, hat sich das Klima zwischen Pape'ete und Paris verbessert. Das Problem besteht allerdings darin, dass die Gaullisten insgesamt weniger bereit sind, Sonderrechte an einzelne Überseegebiete abzutreten, als das unter Jospin der Fall war. Zwar möchte die Regierung von Premierminister Raffarin Frankreich weiter dezentralisieren und auch den Überseegebieten insgesamt mehr Autonomie zugestehen, aber so weitgehende Sonderrechte wie Flosse es wollte, will man Französisch-Polynesien nicht erteilen. Mit der Verfassungsänderung, die jetzt im Senat ihre erste Hürde genommen hat, erhalten die französischen Überseegebiete insgesamt mehr Kompetenzen, aber Französisch-Polynesien bekommt weder eine eigene Staatsbürgerschaft noch das Recht, eigene Gesetze zu beschließen. Von einem POM mit Namen Tahiti Nui ist ohnehin schon keine Rede mehr. Statt dessen wird nur der lokale Arbeitsmarkt für Einheimische reserviert und die von der lokalen Versammlung getroffenen Beschlüsse dürfen nur noch vom Staatsrat, dem obersten französischen Gericht, angefochten werden. Flosse ist der Meinung, dass dies einer lokalen Staatsbürgerschaft und einer lokalen Gesetzgebung praktisch gleichkäme und damit Französisch-Polynesien alles Gewünschte erhalten habe. Juristisch ist dies aber nicht so. Nun sollen einige der aus dem verfassungsändernden Gesetz gestrichenen Passagen in einem normalen Verwal-

tungsgesetz untergebracht werden, das nächstes Jahr beraten werden soll. Dies hätte dann allerdings keinen Verfassungsrang, kann also mit einfacher Mehrheit jederzeit wieder aufgehoben werden. (Email Lorenz Gonschor 15.11., Oceania Flash 07.11.02, tahitipresse; Tahiti Pacifique Magazine; Présidence du Gouvernement de Polynésie française)

Weißer Republikanerin gewinnt Wahl

Hawai'i: Am 5. November wurde im Rahmen der US-amerikanischen Kongresswahlen in Hawai'i gewählt. Zur Wahl standen der Gouverneur, die beiden Abgeordneten Hawai'is im US-Kongress sowie die meisten der 25 Senatoren und 51 Repräsentanten im Staatsparlament, außerdem die Bürgermeister und Gemeinderäte einiger Inseln.

Den Kampf um die Nachfolge des bisherigen demokratischen Gouverneurs Ben Cayetano, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten durfte, gewann überraschend die republikanische Kandidatin Linda Lingle, die sich mit einer knappen Mehrheit von 51,1% gegen die bisherige demokratische Vizegouverneurin Mazie Hirono (46,6 %) durchsetzen konnte. Mit Lingle, die von 1991-1999 Bürgermeisterin der Insel Maui war, ist der Gouverneursposten von Hawai'i nun seit 40 Jahren zum ersten Mal wieder von den Republikanern besetzt. Auch ist sie seit längerer Zeit die erste weiße Amerikanerin in diesem Amt, nachdem die letzten drei Gouverneure alle Nichtweiße waren (der Japaner George Arioshi 1974-1986, der Hawaiianer John Waihe'e 1986-1994 und der Filipino Ben Cayetano seit 1994). Der zusammen mit Lingle gewählte neue Vizegouverneur ist der Hawaiianer Duke 'Aiona. Grund für die Änderung der Wählergunst war wohl die zunehmende wirtschaftliche Krise, in der sich Hawai'i seit mehreren Jahren befindet. Neben den beiden großen Parteien bewarben sich auch die Vertreter vier klei-

ner Splittergruppen um das Gouverneursamt, wobei der für die Unabhängigkeit Hawaiis eintretende Bu La'ia Hill als Vertreter der esoterisch geprägten Natural Law Party mit 0,7 % am besten abschnitt. Einige Unabhängigkeitsbefürworter hatten sich im Rahmen dieser Partei organisiert, nachdem die vor zwei Jahren als Vertretung der indigenen Hawaiianer gegründete Aloha 'Aina Party (Partei der Liebe zum Land) nicht zur Wahl zugelassen worden war.

Entgegen dem Trend der Gouverneurswahlen behaupteten die Demokraten ihre Führung bei der Wahl der beiden US-Kongressabgeordneten. Im ersten Wahlkreis (Stadt Honolulu und Vororte) konnte der seit 1991 amtierende demokratische Abgeordnete Neil Abercrombie sein Mandat mit 68,6 % klar gegen den Republikaner Mark Terry verteidigen. Im zweiten Wahlkreis (ländliches O'ahu und die äußeren Inseln) war die langjährige Mandatsinhaberin Patsy Takemoto Mink kurz nach ihrer Nominierung verstorben, aufgrund eines starr bürokratischen Wahlgesetzes wurde ihr Name aber dennoch auf die Wahlzettel gesetzt. Auch gegen sie konnte sich ihr republikanischer Herausforderer Bob McDermott nicht durchsetzen; die tote Abgeordnete erhielt 52 % der Stimmen. Ihr vakanter Sitz muss nun in einer Nachwahl neu besetzt werden.

Klarer Sieger waren die Demokraten auch bei den Wahlen zum Staatsparlament. Die Republikaner konnten zwar die Zahl ihrer Sitze im Staatssenat von drei auf fünf steigern, im Staatsrepräsentantenhaus kommen sie aber nur noch auf 15 statt vorher 19 Sitze, während die Demokraten mit 20 Senatoren und 36 Repräsentanten die absolute Mehrheit behalten.

Neben den genannten politischen Posten wurden auch fünf der insgesamt neun Treuhänder des Amtes für Hawaiianische Angelegenheiten (Office for Hawaiian Affairs, OHA) neu gewählt. Das

OHA ist eine Agentur des Staates Hawai'i, die sich um die Anliegen der indigenen Hawaiianer kümmern soll. Zum zweiten Mal durften diesmal auch Nicht-Hawaiianer an der Wahl der Treuhänder teilnehmen, nachdem vor zwei Jahren der oberste US-Gerichtshof in einem aufsehenerregenden Urteil die alleinige Zulassung indigener Hawaiianer zur Wahl dieses Gremiums für rechtswidrig erklärt hatte, wogegen hawaiianische Organisationen erfolglos protestiert hatten.

Die Souveränitätsbewegung der Hawaiianer zeigte sich über das Ergebnis der Wahl beunruhigt. Im Vorfeld der Wahl hatten zahlreiche bekannte politische Aktivisten, unter anderem die für die Souveränität innerhalb der USA eintretende Haunani-Kay Trask und der die volle Unabhängigkeit fordernde Bumpy Kanahale zur Wahl von Hirono aufgerufen, weil diese für den Wunsch der Hawaiianer nach Selbstbestimmung ihre Unterstützung zugesagt hatte, während Lingle sich in diesem Punkt nicht klar positionierte. Vom neuen Vizegouverneur 'Aiona erhofft sich die Souveränitätsbewegung trotz seiner hawaiianischen Abstammung ebenfalls wenig. 'Aiona, der der Souveränitätsbewegung nicht nahesteht, war der einzige hawaiianische Kandidat in den beiden großen Parteien. Bei den Demokraten unterlagen die hawaiianischen Bewerber, Andy Anderson als Gouverneurs- und Clayton Hee als Vizegouverneurskandidat, bei den Vorwahlen im September gegen Mazie Hirono und Matt Matsunaga, die beide japanischer Abstammung sind. Für die beiden Sitze im US-Kongress trat überhaupt kein hawaiianischer Kandidat an. Im Staatsparlament sind aber einige Senatoren und Repräsentanten hawaiianischer Abstammung vertreten.

Unzufrieden sind die Hawaiianer auch mit der neuen republikanischen Mehrheit im US-Kongress: Die vor einiger Zeit von dem demokratischen US-Senator ha-

waiianischer Abstammung Daniel Akaka (vor zwei Jahren mit großer Mehrheit wiedergewählt) im Kongress eingebrachte Gesetzesvorlage, die die indigenen Hawaiianer als souveränes Volk innerhalb der USA mit den amerikanischen Indianern gleichstellen soll, wird von den Republikanern mehrheitlich abgelehnt und hat somit wenig Chancen in nächster Zeit beschlossen zu werden. *(Anmerkung der Redaktion: Dies ist ein Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Experte für politische Entwicklungen in Polynesien. Seine Quellen: State of Hawaii Office of Elections <http://www.state.hi.us/elections/>; The Honolulu Advertiser, Honolulu Star Bulletin, <http://www.hawaii-nation.org>)*

US-Raketentest auf Kaua'i

Hawai'i: Die amerikanische Navy und die Raketenteilung MDA (Missile Defense Agency) haben das neuartige Raketenerstörungs-System „Aegis“ erfolgreich getestet. Von dem Verteidigungsschiff *USS Lake Erie* schossen sie eine Standardrakete des Typs 3 ab. Diese traf ein zwei Minuten früher auf der Raketenabschussbasis Kaua'i (Hawai'i) gezündetes Raketengeschoss noch in seiner aufsteigenden Phase und zerstörte es. Ziel der Testreihe ist die Überprüfung der Wirksamkeit des neuartigen Aegis-Systems, das von Schiffen aus eingesetzt werden kann. Bisher wurden 50 Schiffe der US Navy mit dem Aegis-System ausgerüstet. Die Testreihe mit dem Codenamen „Flight Mission 4“ (FM 4) soll beweisen, dass Aegis auch schwerere Raketen als die Standardgeschosse SM 3 unmittelbar nach Zündung zerstören kann. (<http://www.acq.osd.mil/bmdo/bmdolink/html/fm4.html>, *Flash d'Océanie* 23.11.02)

Beispielhafte Energieprojekte

Tokelau: Die drei Atolle des politisch zu Neuseeland gehörenden Tokelau, die Inseln Atafu, Nukunono und Fakaofu, nehmen an einem Projekt zum Einsatz er-

neuerbarer Energien teil. Die nur drei Meter niedrigen Atolle sind vom Anstieg des Meeresspiegels durch die globale Klimaerwärmung betroffen. Obwohl Tokelau gemeinsam mit den anderen pazifischen Staaten nur mit 0,02% zum weltweiten Kohlendioxid ausstoß beiträgt, wolle man mit einem Energie-Nachhaltigkeitskonzept zum Klimaschutz beitragen, erklärte Falani Aukoso, Chef des Rates von Faipule in der lokalen Regierung. Man dürfe nicht von den Industriestaaten erwarten, dass sie zum Klimaschutz beitragen, wenn man sich selber nicht am Programm zur Nutzung nachhaltiger Energien beteilige, betonte Aukoso.

Tokelau nimmt im Rahmen des „Energietrusts für nachhaltige Entwicklung“ (Trust Fund for Energy for Sustainable Development) beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) an einem pazifikweiten Projekt zur kommerziellen Nutzung sauberer Energiequellen teil. Dabei werden durch den Einsatz von Solarenergie fossile Brennstoffe ersetzt. Auf den drei Atollen werden demnächst Solarstromversorgungsaggregate installiert, die aus gemeinsamen Geldern von Neuseeland, Frankreich und dem UNDP-Fonds stammen.

Die drei Atolle von Tokelau haben eine Landfläche von 13 Quadratkilometern. Auf ihnen leben 1.500 Menschen. Die Inseln liegen 400 Kilometer nördlich von Samoa und sind nur zweimal monatlich per Boot erreichbar. (UNDP Presseerklärung 18.09.02, Pacific Islands Encyclopedia)

Tonganer verbannen straffällige Kinder

Tonga: Tonganische Behörden haben straffällig gewordene Kinder und Jugendliche auf das Atoll 'Ata, eine Bootsstunde von der Hauptinsel Tongatapu, verbannt. Zur Zeit befinden sich knapp 50 Kinder zwischen 14 und 16 Jahren in Gefangenschaft auf dem

Atoll. Alle wurden des Diebstahls und Einbruchs überführt und erhielten sechs Monate Haft. Da Tonga über kein Jugendgefängnis verfügt, hatte die zuständige Regierungsbehörde unter Moleni Taufua das Atoll kurzerhand zur „Gefängnisinsel“ deklariert. Die Kinder werden von einem erwachsenen Straffälligen betreut, der vierzehntäglich Nahrung auf das Atoll bringt. Ansonsten sind die jugendlichen Insassen vom Fischfang abhängig. Einmal im Monat dürfen sie zum Kirchen- und Familienbesuch auf die Insel Tongatapu.

Die tonganische Gesetzgebung erlaubt die Verhaftung und Inhaftierung für alle Kinder über acht Jahren (Strafmündigkeit in Deutschland: 14 Jahre).

Aufmerksam geworden auf die in 'Ata inhaftierten Kinder war das Monatsmagazin *Matangi Tonga*, das in der Augustausgabe darüber berichtete. Auf den Bericht und die Inhaftierungspraxis gab es heftige Reaktionen. Parlamentarier Akilisi Pohiva sprach von einer „unzivilisierten“ Praxis. (*The Age* 23.08., *PIR* 31.08.02, www.abcnet.au)

Regierungsumbildung

Cook-Inseln: Der Premierminister der Cook-Inseln, der Arzt Dr. Robert Woonton, hat sein Kabinett umstrukturiert, um den oppositionellen Minister Norman George kaltzustellen. Woonton hatte Anfang des Monats die Demokratische Partei unter Ex-Premier Dr. Terepai Maoate aufgerufen, die Opposition zu verlassen und eine Koalition mit seiner Partei, der Cook Islands Party (CIP), einzugehen. Erstmals koalieren nun bisher „verfeindete“ Parteien. Die New Alliance Party unter Norman George verblieb als einzige Partei in der Opposition. Seit den Wahlen 1999 ist dies bereits der fünfte Wechsel von Koalitionspartnern.

Wenige Tage nach der Koalitionsumbildung bat Premier Woonton den Repräsentanten der briti-

schen Königin, Norman George wegen „Vertrauensverlust“ das Mandat zu entziehen. Am 6. November musste er sein Amt niederlegen. Noch im September hatte George als Minister for Religious Advice die 8. Generalversammlung der Pazifischen Kirchenkonferenz in Rarotonga eröffnet.

Die Koalition zwischen den Demokraten und der CIP hat nun im Parlament die absolute Mehrheit mit 24 von 25 Sitzen. Die Regierung hat für die nächsten Jahre Reformen angekündigt: Die Zahl der Parlamentarier solle von bisher 25 reduziert werden, das Mandat solle von bisher fünf auf drei oder vier Jahre reduziert werden. Im Zuge der Regierungsumbildung wurde Robert Wigmore (Demokratische Partei) zum Agrarminister gewählt. Im Kabinett der Cook-Inseln sitzen sechs Minister. (*Flash d'Océanie* 18.11., www.cook-islands.gov.ck/, *Pacnews* 11.11.02, eigene Recherche in Avarua im September 02)

AUSTRALIEN

Kaurareg erklären sich unabhängig

Die Kaurareg, eine Gruppe australischer Aborigines auf den Inseln in der Torresstraße, haben sich am 4. November des Jahres unabhängig erklärt. Das gab der Stammesälteste und Gruppensprecher Isaac Savage bekannt. Die Kaurareg seien mit der derzeitigen politischen Verwaltung ihres Gebietes dermaßen unzufrieden, dass die Ältesten diesen Schritt beschlossen hätten.

Am 23. Mai 2002 waren den Kaurareg vom Bundesgerichtshof in Brisbane die Eigentumsrechte über sieben Inseln in der Torresstraße zugesprochen worden. Der Rückgabe der Eigentumsrechte an den Inseln Horn, Prince of Wales, Packe, Entrance, Port

NEUSEELAND

Lihou, Du'muralug und Turtle waren fünfjährige Verhandlungen vorausgegangen. Den Kaurareg wurden alleinige Nutzungs- und Eigentumsrechte sowie die Rechte an den Bodenschätzen und dem Trinkwasser zugestanden. Sie erhielten aber die Auflage, die Straßen und Reservate öffentlich zugänglich zu lassen.

Die Torres Strait Inseln umfassen rund 30 größere Inseln in der Torresstraße zwischen Kap York und der Insel Neuguinea. Sie gehören administrativ größtenteils zu Queensland (Nordaustralien), sind insgesamt 660 Quadratkilometer groß und haben 6.100 Einwohner. (*Radio Australia* 04.11.02, <http://www.apunipima.org.au>, <http://www.premiers.qld.gov.au>)

Schiffswrack gibt Rätsel auf

Bislang ging die Wissenschaftswelt davon aus, dass der britische Kapitän James Cook (1728 – 1779) der Entdecker des australischen Kontinents war. Cook war zwar nicht der erste Europäer in Australien (1606, Willem Jansz, Niederlande), er hatte jedoch auf seiner Reise 1770 den Kontinent für die britische Krone in Besitz genommen.

Jetzt haben Archäologen vor der Küste von Fraser Island (Queensland) ein 500 Jahre altes Schiffswrack gefunden. Sie glauben, dass es sich bei dem 30 Meter langen Wrack um eine spanische oder portugiesische Galeone aus dem 16. Jahrhundert handelt. Der Experte Greg Jefferys berichtete, dass auf Fotos drei Kanonen zu erkennen seien. Dies deutet darauf hin, dass es sich um ein Eroberungsschiff und nicht um ein gewöhnliches Handelsschiff handele, erklärte Jefferys. Die Auswertung der Fotos soll nun klären, wer als Erster in Australien landete. (*Geoscience online* 08.10.02)

Streit zwischen Samoanern und Cook Islanders

Ein seit fünf Jahren bestehender Nachbarschaftsstreit zwischen zwei Familien aus den Cook Inseln und einer Familie aus Samoa hat mit der Festnahme zweier Menschen seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Handgemenge war auf der 21. Geburtstagsfeier (in Neuseeland wird man erst mit 21 volljährig, J.R.) mit 200 Gästen ausgebrochen. Ein zur Feier geladener Mann von den Cook-Inseln hatte das weibliche Geburtstagskind geschlagen. Daraufhin griffen die Partygäste nicht-geladene, in der Straße wohnende Nachbarn mit Knüppeln, Steinen und Flaschen an. Geparkte Autos wurden zerkratzt, Windschutzscheiben eingeschlagen, einige Nachbarn bewaffneten sich mit Macheten. Zahlreiche Verletzte wurden in Krankenhäuser gebracht. Die Polizei rückte in voller Kampfmontur, geschützt durch Schilde und Gesichtsschutz, an. Ein Polizeisergeant sagte, die Unruhen seien zum wiederholten Male zwischen den Samoanern und den Cook Islandern aufgetreten. Da die Leute aus den Cook Inseln im Chadwick Cres im Auckland Ortsteil Mangere East zahlenmäßig in der Überzahl seien, spielten sie sich als „Herren der Straße“ auf. (*Samoa Observer* 12.11.02, *PIR* 15.11.02)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Norfolk ohne Handys

Die zu Australien gehörende Insel Norfolk macht ihrem Ruf als „Tugendinsel“ alle Ehre. Die

1.800 Einwohner (davon 1.100 Wahlberechtigte) der Insel, zu einem Drittel Abkömmlinge der „Bounty“-Meuterer, haben sich kürzlich mit großer Mehrheit für ein Verbot von Mobilfunktelefonen ausgesprochen. Die neun Volksvertreter der Ratsversammlung von Norfolk hatten dazu eine Bürgerbefragung initiiert. Die im Jahr 2000 für den Aufbau eines Mobilfunknetzes zugeteilten staatlichen australischen Fördermittel liegen damit auf Eis. Die 35 Quadratkilometer kleine „Insel der Tugend“ verbietet Glücksspiel, Prostitution, Fast-Food-Restaurants ... und die Einkommenssteuer!

(<http://www.abcnet.au>)

„Möge die Macht mit dir sein!“

Bei der nationalen Volkszählung 2001 haben mehr als 70.000 Australier als Religionszugehörigkeit „Jedi-Ritter“ genannt. Das australische Amt für Statistik teilte mit, dass diese Angaben durch ein zirkulierendes Email ausgelöst worden seien. In der Mail wurden Fans der Science-Fiction-Filme „Krieg der Sterne“ dazu aufgerufen, sich als „Jedi-Ritter“ zu bezeichnen. Angeblich würde man als Religionsgemeinschaft anerkannt, wenn mehr als 10.000 Australier sich zum Jedi-Rittertum bekannten. Weitere 71.000 Australier hatten bei Religionszugehörigkeit das ebenso ungewöhnliche Glaubensbekenntnis „Mitglied der Heilsarmee“ angegeben. Das amtliche Büro für Statistik sah sich daraufhin veranlasst, auf seiner Website einen Artikel über die Bedeutung und Ernsthaftigkeit eines jährlichen Zensus zu veröffentlichen. (*Australian Bureau of Statistics online*)

Maori ist Regisseur bei „James Bond“

Im neuesten James-Bond-Film „Die Another Day“ (dt. „Stirb an einem anderen Tag“) führt mit

dem neuseeländischen Maori Lee Tamahori erstmals ein Polynesier die Regie. Tamahori, der seine Karriere in der neuseeländischen Filmbranche Ende der 70er Jahre begonnen hatte (er wirkte unter anderem bei der Verfilmung des Romans „Sons for the Return Home“ von Albert Wendt mit), war 1994 als Regisseur des Maori-Dramas „Once Were Warriors“ (dt. „Die letzte Kriegerin“) international bekannt geworden. Ende der 90er Jahre war er dann in Hollywood als Regisseur mehrerer Actionfilme tätig, bis er schließlich aufgrund seiner bisherigen Erfolge den Zuschlag für den 20. Bond-Film erhielt. (Email Lorenz Gonschor, 26.11.02, www.flyingfish.co.nz/the_directors202/directors_cvs/lee_tamahori_cv.php; <http://jamesbond007.net/Bond20/Actu/Actu8.html>)

Weihnachtsbäume für Hawai'i

Die ersten Weihnachtsbäume sind Ende November in Honolulu angekommen. Die Händler in Hawai'i fürchten dieses Jahr jedoch, nicht genug Bäume für alle Kunden anbieten zu können. Die Christbäume stammen aus dem Nordwesten Amerikas und sind aufgrund der günstigen Wetterbedingungen in diesem Jahr besonders groß und dicht gewachsen. So konnten nicht mehr als 70 Bäume pro Schiffscontainer verladen werden. Der durchschnittliche Preis für einen traditionellen Weihnachtsbaum aus Fichte beträgt 89 US Dollar (89,- Euro). Einige Händler kündigten jedoch wegen der geringen Stückzahl einen Preisanstieg um bis zu 10 US Dollar pro Baum an.

In Hawai'i ist zur Zeit Hochsommer, die Weihnachtsferien entsprechen unseren Sommerferien. Trotzdem wollen die wenigsten Menschen auf einen Christbaum verzichten. „Die Leute wollen ihre Bäume haben, ohne Baum kein Weihnachten“, erklärte ein Händler. (Honolulu Advertiser, 26.11.02)

Kind nach Boot benannt

Eine junge Frau aus Tokelau hat auf der Seereise zwischen Tokelau und Apia/Samoa ein Mäd-

chen geboren und es nach dem Patrouillenboot benannt, auf dem das Kind zur Welt kam. Das Frachtschiff *MV Nafanua* hatte ausnahmsweise drei Passagiere in Tokelau aufgenommen, die dringend ärztliche Behandlung im Krankenhaus des 480 Kilometer entfernten Samoa benötigten. Die hochschwangere 18-jährige Tane Tui gebar das Mädchen Nafanua unmittelbar nach dem Ablegen des Schiffes auf hoher See. Bei der Geburt ihres ersten Kindes halfen die an Bord anwesende Krankenschwester Ana Filo, eine neuseeländische Ärztin und der Kapitän des Patrouillenbootes. Mutter und Kind sind wohlauf! (Samoa Observer 03.11.02)

„We Ce Ca“ komponiert für Suva

Die kanakische Musikband „We Ce Ca“ hat den Song „My beloved country“ (dt. Geliebtes Land) für die neukaledonischen TeilnehmerInnen an den South Pacific Games 2003 in Suva komponiert. Der zweisprachige Song (Kanakisch und Französisch) wurde auf Bitten des Nationalen Olympischen Komitees von Neukaledonien komponiert. Er soll bei den pazifischen Spielen identitätsstiftend wirken. Die South Pacific Games finden vom 28. Juni bis zum 12. Juli 2003 im fijianischen Suva statt. An den sportlichen Wettkämpfen nehmen 22 pazifische Länder

teil. Es finden Kämpfe in den Einzelsportarten (z.B. Billard, Golf, Surfen) wie auch in den Gruppensportarten (z.B. Basketball, Rugby, Soccer) statt. Die South Pacific Games sind das

größte Sportereignis der Region. Sie finden alle vier Jahre statt, zuletzt 1999 in Guam. Fiji ist nach 1963 (Beginn der Spiele) und 1979 zum dritten Mal Gastgeber. Die Stadt Suva rüstet sich bereits jetzt zu den Spielen, ein Medien- und Pressezentrum ist im Bau, das Schwimmbad wurde olympiatauglich umgebaut und die Zufahrtsstraßen zu den verschiedenen Austragungsorten der Wettkämpfe werden renoviert und verschönert. (eigene Beobachtung in Suva 20.09.02, Oceania Flash 26.11.02, www.spg2003.com/index.html)

Medaillen für Niue

Bei den South Pacific Bodybuilding Championships haben Athleten aus Niue drei Medaillen gewonnen. Catherine Tuata-Taufiafi gewann bei den Frauen die Bronzemedaille in der Gewichtsklasse unter 52 kg, bei den Männern errang Reagan Ioane in der Klasse über 90 kg die zweite Bronzemedaille. Beide bekamen im Mixed-Wettbewerb die Silbermedaille. Der niueanische Minister für Sport, Michael Jackson, sprach von einem historischen Ereignis in der Geschichte der Insel. Auf Niue leben nur 1.700 Menschen.

Die Bodybuildingmeisterschaften wurden vom Bodybuilding-Verband in Samoa ausgerichtet. Neun pazifische Länder beteiligten sich vom 14. bis 16. November in Apia an dem Wettbewerb.

Die Goldmedaillen im Gesamtklassements gingen an die Samoaner Tony Ligaliga (Männer) und Viola Etuata (Frauen).
(<http://www.sbbf.ws>, PIR 17.11.02)